

**Naumburg (Saale),  
Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 62  
„Stadtquartier Schönburger Straße“**

**ABWÄGUNG ZUM VORENTWURF**

zur Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (1) BauGB sowie der  
Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB  
sowie der Nachbargemeinden nach § 2 (2) BauGB

Dezember 2020

EINGEGANGEN AM 27. JAN. 2020

7517

AZV

AZV Naumburg · Linsenberg 100 · 06618 Naumburg

StadtLandGrün  
Stadt- und  
Landschaftsplanung  
Am Kirchtor 10  
06108 Halle

ABWASSER  
ZWECKVERBAND  
NAUMBURG

Entsorgungsgebiet

Stadt Naumburg · Stadt Weißenfels  
(Uichteritz · Markwerben · Storkau · Leißling)  
· VG Weiheratal (für Stößen · Merzdorf ·  
Schönburg · Weiha · Odenfeld · Meireweh  
· Molauer Land) · VG Unstruttal (Goseck)  
EG Stadt Teuchern · Pöhlitz · Gröbitz  
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -

Ihre Nachricht:

20.12.2019

Unser Zeichen:

ngBP62-1

Bearbeiter:

Melde(03445/707652)

Datum:

21.01.2020

**Bauleitplanung der Stadt Naumburg (Saale), Bebauungsplan der Innenentwicklung  
Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

den beigegeführten Planauszügen können Sie den Bestand an öffentlichen Abwasseranlagen des Abwasserzweckverbandes Naumburg, angrenzend an das Plangebiet und unmittelbar durch das Plangebiet verlaufend, entnehmen.

Die Entwässerung des Plangebietes erfolgt über die zentrale öffentliche Abwasseranlage des Abwasserzweckverbandes Naumburg, hier ausgeführt im Mischsystem.

Für den das Plangebiet von der Schönburger Straße in nördlicher Richtung zur Grochitzer Straße durchlaufenden Mischwasserkanal Ei 500/750 B liegt aktuell ein Leitungsrecht in Form entsprechender Eintragungen in den jeweiligen Grundbüchern vor. Entsprechend sollten auch im Bebauungsplan als mit einem Leitungsrecht belastete Flächen festgesetzt werden. Es ist hier ein Schutzstreifen von 6 m Breite (beidseits der Kanalachse je 3 m) zu definieren. Auf dieser Fläche dürfen für die Dauer des Bestehens der Anlage keine Gebäude errichtet oder sonstige Einwirkungen (z.B. Neuanpflanzung oder Ersatzpflanzung tiefwurzelter Gewächse), die den Bestand oder Betrieb der Anlage beeinträchtigen oder gefährden, vorgenommen werden. Die Zugänglichkeit zur Abwasseranlage, insbesondere zu vorhandenen Schachtbauwerken ist zu gewährleisten. Dabei muss zwecks Unterhaltung der Anlage die Erreichbarkeit mit entsprechender Technik (so z.B. Saug- und Spülfahrzeug) sichergestellt sein. Schachtbauwerke dürfen nicht überbaut oder überdeckt werden.

Die Einleitung von sauberen und nicht behandlungsbedürftigen Niederschlagswasser in die öffentliche Abwasseranlage sollte auf ein Minimum reduziert werden. Hierzu sind die Versiegelung von Flächen so gering wie möglich zu halten, Flächen wasserdurchlässig zu befestigen und die Abflüsse versiegelter Flächen vor Ort zu versickern.

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg**

**Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste

**2**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 1) Die Information wurde berücksichtigt. Entsprechende Ausführungen wurden unter Pkt. 4.4 in die Begründung aufgenommen.

zu 2) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Für den das Plangebiet querenden Sammler wurde ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten des AZV festgesetzt und entsprechende Erläuterungen wurden unter Pkt. 6.6 ergänzt.

zu 3) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Unter Pkt. 6.5 der Begründung wurden Ausführungen zum Verbleib des Niederschlagswassers im Plangebiet eingefügt.

In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf das Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt (WG LSA), wonach zur Beseitigung des Niederschlagswassers, in geeigneten Fällen durch Versickerung, die Grundstückseigentümer sowie die Träger öffentlicher Verkehrsanlagen verpflichtet sind, soweit nicht ein gesammeltes Fortleiten erforderlich ist, um eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit zu verhüten. Dahingehend sollte eine Ableitung von Niederschlagswasser privater und öffentlicher Grundstücke über die Kanalisation nur erfolgen, wenn nachweislich eine anderweitige, schadlose Verbringung auf den betreffenden Grundstücken nicht möglich ist.

3

Modalitäten der internen abwasserseitigen Erschließung sind im Vorfeld mit dem Abwasserzweckverband Naumburg abzustimmen. Eine zu unterlegende Entwässerungsplanung ist durch den Abwasserzweckverband genehmigen zu lassen. Abwasseranlagen, im Sinne öffentlicher Abwasseranlagen, für die späterhin gegebenenfalls eine Übergabe an den Abwasserzweckverband Naumburg angedacht ist, sollten im Regelfall in zukünftig geplanten öffentlichen Straßenverkehrsflächen untergebracht werden. Sofern begründet Trassen über Privatgrundstücke führen, sind hierfür zwingend rechtliche Sicherungen vorzunehmen/Grunddienstbarkeiten einzutragen. Im Falle geplanter Anlagenübergaben sind Details im Vorfeld mittels Erschließervertrag zu regeln.

Der Abwasserzweckverband Naumburg ist in weitere Planungen und Erschließungsmaßnahmen einzubeziehen.

4

Speziell für dann detaillierte Bauvorhaben wird darauf verwiesen, dass der Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und deren Benutzung einer Entwässerungsgenehmigung durch den Abwasserzweckverband Naumburg bedürfen. Der Entwässerungsantrag ist beim AZV zeitgleich mit dem bei der Unteren Bauaufsichtsbehörde einzureichenden Antrag auf Baugenehmigung einzureichen, wenn die Entwässerungsgenehmigung wegen eines genehmigungspflichtigen Bauvorhabens erforderlich wird. Bei allen anderen Vorhaben ist der Entwässerungsantrag 2 Monate vor dem geplanten Baubeginn vorzulegen.

In Verbindung mit sich durch die Bebauungsplanung ändernden Bemessungsmaßstäben für den Schmutzwasserbeitrag (so z.B. Grundstücksgröße/-teilung, Bebauung, Nutzungsänderung) muss auf eine entstehende zusätzliche Beitragspflicht verwiesen werden.

Mit freundlichen Grüßen

*U. Steinberg*  
Ute Steinberg  
Verbandsgeschäftsführerin

Anlage  
Planauszüge

## Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg

Vorentwurf 11/2019

Lfd. Nr. der Versandliste

2

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 4) Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen die Umsetzung der Planung und sind dabei zu beachten. Auf die Planinhalte des Bebauungsplans ergeben sich keine Auswirkungen.

EINGEGANGEN AM 21. JAN. 2020

58/19

Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt,  
An der Flöderwegkaserne 21, 06130 Halle (Saale)

StadtLandGrün  
Am Kirchtor 10  
06108 Halle (Saale)



LANDESBETRIEB  
BAU- UND LIEGENSCHAFTS-  
MANAGEMENT  
SACHSEN-ANHALT  
Verantwortung gestalten.

**Bauleitplanung der Stadt Naumburg (Saale), Bebauungsplan der  
Innenentwicklung Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Prüfung der eingereichten Unterlagen teile ich mit, dass von Seiten des Landesbetriebes Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt, Technisches Büro Halle, keine Bedenken gegen den Bebauungsplan bestehen.

Allerdings möchte ich darauf hinweisen, dass eine abschließende Prüfung nicht erfolgen konnte. Das Flurstück 553/52, der Flur 14 und das Flurstück 1419/219, der Flur 3, beide in der Gemarkung Naumburg sind weder im Grundbuch noch beim Landesamt für Vermessung und Geoinformation existent.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Gudrun Triepel  
Teamleiterin Gebäudemanagement

**Hier macht  
das Bauhaus  
Schule.**  
#moderndenken

Halle (Saale), 17.01.2020

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom:

Mein Zeichen/Meine Nachricht  
vom:  
40.005 / 27000-PFV-42/19

Bearbeitet von:  
Frau Schneider  
Sandra.Schneider@sachsen-  
anhalt.de

Hausruf: (0345) 4823 -  
Tel.: 8633  
Fax: 8999

An der Flöderwegkaserne 21  
06130 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 4823 - 60  
Fax: (0345) 4823 - 8999  
E-Mail - Adresse Poststelle:  
Poststelle-HAL.BLSA@sachsen-  
anhalt.de

Bearbeiteradresse:  
Landesbetrieb Bau- und  
Liegenschaftsmanagement  
Sachsen-Anhalt  
Technisches Büro Halle  
An der Flöderwegkaserne 21  
06130 Halle (Saale)

Landeshauptkasse  
Sachsen-Anhalt  
Deutsche Bundesbank  
Filiale Magdeburg  
IBAN: DE5781000000081001531  
BIC: MARKDEF1310

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg  
Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste **3**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 1) Da seitens des BLSA keine Bedenken gegen den Bebauungsplan bestehen, ist eine **Abwägungsentscheidung nicht erforderlich**.

zu 2) Die Hinweise zu den Flurstücken wurden geprüft. Es handelt sich um Schreibfehler. Gemeint waren die Flurstücke 552/52 (teilweise) und 1419/291. Dies wurde dem BLSA per E-Mail am 21.01.2020 mitgeteilt. Das Antwortschreiben wurde auf dem nachfolgenden Abwägungsbogen abgedruckt.

EINGEGANGEN AM 27. JAN. 2020

73/78

Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt,  
An der Fliesenwegkaserne 21, 06130 Halle (Saale)

StadtLandGrün  
Am Kirchtor 10  
06108 Halle (Saale)



LANDESBETRIEB  
BAU- UND LIEGENSCHAFTS-  
MANAGEMENT  
SACHSEN-ANHALT  
Verantwortung gestalten.

Halle (Saale), 22.01.2020

**Bauleitplanung der Stadt Naumburg (Saale), Bebauungsplan der  
Innenentwicklung Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Eingang Ihrer Email vom 21.01.2020 konnte der oben genannte  
Bebauungsplan abschließend geprüft werden.  
Meine Stellungnahme vom 17.01.2020 wird hiermit bestätigt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Gudrun Trepel  
Teamleiterin Gebäudemanagement

**Hier macht  
das Bauhaus  
Schule.**  
#moderndenken

An der Fliesenwegkaserne 21  
06130 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 4823 - 60  
Fax: (0345) 4823 - 8999  
E-Mail - Adresse Poststelle:  
Poststelle-HAL.BLSA@sachsen-  
anhalt.de

Bearbeiteradresse:  
Landesbetrieb Bau- und  
Liegenschaftsmanagement  
Sachsen-Anhalt  
Technisches Büro Halle  
An der Fliesenwegkaserne 21  
06130 Halle (Saale)

Landeshauptkasse  
Sachsen-Anhalt  
Deutsche Bundesbank  
Filiale Magdeburg  
IBAN: DE5781000000081001531  
BIC: MARKDEF1810

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg  
Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste **3**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:



Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Postfach 1155, 39001 Magdeburg

SPARTE **Portfoliomanagement**

Stadt- und Landschaftsplanung  
StadtLandGrün  
Am Kirchtur 10  
06108 Halle (Saale)

GESCHÄFTSZEICHEN **MDPM.T6B LSA 2019-0195.1001**  
ANSPRECHPARTNERIN Dagmar Schätzke  
ANSCHRIFT Bundesanstalt für Immobilienaufgaben  
Otto-von-Guericke-Str. 4  
39104 Magdeburg  
TEL +49 (0)391 50665-442  
FAX +49 (0)391 50665-429  
E-MAIL [PM-Magdeburg@bundesimmobilien.de](mailto:PM-Magdeburg@bundesimmobilien.de)  
INTERNET [www.bundesimmobilien.de](http://www.bundesimmobilien.de)

nur per E-Mail an:  
[astrid.friedewald@slg-stadtplanung.de](mailto:astrid.friedewald@slg-stadtplanung.de)

DATUM 13.02.2020

**Bauleitplanung der Stadt Naumburg (Saale), Bebauungsplan der Innenstadtentwicklung  
Nr. 62 "Stadtquartier Schönburger Straße" - Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB;  
Ihr Schreiben vom 20. Dezember 2019**

**Stellungnahme der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Frau Friedewald,

mit o.a. Schreiben informieren Sie die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) im Auftrag der Stadt Naumburg über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ und geben damit zugleich Gelegenheit zur Stellungnahme zum Vorentwurf des Bebauungsplans.

Für die BImA-eigenen Liegenschaften im Bundesland Sachsen-Anhalt nimmt die Hauptstelle Portfoliomanagement Magdeburg die Aufgaben der BImA als Trägerin öffentlicher Belange und als Eigentümerin wahr.

Zum Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ nimmt die BImA wie folgt Stellung:

Die BImA ist im Planungsraum des o.a. Bebauungsplans mit zwei Wirtschaftseinheiten (WE) betroffen. Hierzu gehören folgende Flurstücke:

**WE 139943 - THW OV Naumburg**

Flurstück 692 der Flur 3, Gemarkung Naumburg in Größe von 2.425,00 m²

**WE 111357 - Naumburg, Grochlitzer Straße 26**

Flurstück 693 der Flur 3, Gemarkung Naumburg in Größe von 7.249,00 m²

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg  
Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste **4**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:



So ist das Flurstück 692 der Flur 3, Gemarkung Naumburg im Rahmen des Einheitlichen Liegenschaftsmanagements an die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) vermietet, das Flurstück 693 der Flur 3, Gemarkung Naumburg steht vorbehaltlich der nachfolgenden Ausführungen zum Verkauf.

Für die Unterbringung des THW in Naumburg liegt der BImA ein Erkundungsauftrag vor.

Neben der Erweiterung der Bestandsliegenschaft des THW Richtung Osten sind zwei weitere Alternativen der Unterbringung jeweils Neubauten auf städtischen Grundstücken. Für den Erkundungsauftrag wurde durch den Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt eine Machbarkeitsstudie erarbeitet, deren Variante a die Erweiterung der Bestandsliegenschaft beinhaltet (vgl. Anlage 1).

Der Erkundungsauftrag ist noch nicht abgeschlossen und somit liegt derzeit noch keine Entscheidung über die künftigen Unterbringung des THW-Ortsverbandes Naumburg vor.

Der von der Stadt Naumburg erstellte Bebauungsplan Nr. 62 weist in der Variante 1 die Erweiterung der THW-Fläche als *Sonstiges Sondergebiet* aus. Allerdings ist hier nur ein Teil der für die Erweiterung der Bestandsliegenschaft zusätzlich benötigten Fläche als *Sonstiges Sondergebiet* (THW) ausgewiesen. Aus diesem Grunde habe ich die Anlage 2 beigefügt, in der die für die Erweiterung der THW-Fläche zusätzlich benötigte Fläche aus dem Bereich der als *Flächen für den Gemeinbedarf* herausgenommen und schraffiert dargestellt wurde. Die zusätzlich benötigte Fläche ist eine Teilfläche des Flurstücks 693.

Als Trägerin öffentlicher Belange und als Eigentümerin der o.a. - und zum Teil bisher schon von der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk genutzten - Liegenschaften bittet die BImA um entsprechende Berücksichtigung bei der Überarbeitung des Vorentwurfs des Bebauungsplans Nr. 62. Auch wird um weitere Beteiligung am Verfahren gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

  
Schätzke

Anlage 1 und 2

## Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg Vorentwurf 11/2019

Lfd. Nr. der Versandliste **4**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 1) Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Variante 1 des Vorentwurfs sieht den Bestand und die Erweiterung des THW vor, Variante 2 geht von einem neuen Standort des THW außerhalb des Plangebiets aus. Der Verweis auf ein hausinternes Verfahren innerhalb der BImA, welches seit ca. 1 Jahr läuft und noch nicht entschieden ist, kann nicht dazu führen, dass die städtebauliche Planung zurückgestellt wird. Insbesondere ist der Neubau des Schulcampus' dringend erforderlich, weil die bestehenden Sekundarschulen „Alexander-von-Humboldt“ und „Albert-Schweitzer“ bereits jetzt und auch zukünftig nicht mehr alle Schüler aufnehmen können.

Da inzwischen eine einvernehmliche Entscheidung mit dem THW und der BImA zur Verlagerung des THW-Standortes getroffen wurde und damit auch eine Überplanung der Bundesliegenschaften freigegeben wurde, sind die vorgebrachten Bedenken gegenstandslos.

zu 2) Da inzwischen eine einvernehmliche Entscheidung mit dem THW und der BImA zur Verlagerung des THW-Standortes getroffen wurde und damit auch eine Überplanung der Bundesliegenschaften freigegeben wurde, sind die vorgebrachten Bedenken gegenstandslos.

zu 3) Da inzwischen eine einvernehmliche Entscheidung mit dem THW und der BImA zur Verlagerung des THW-Standortes getroffen wurde und damit auch eine Überplanung der Bundesliegenschaften freigegeben wurde, sind die vorgebrachten Bedenken gegenstandslos.

Mit dem Entwurf des Bebauungsplans wird eine weitere Beteiligung der BImA erfolgen.





ERLEBEN, WAS VERBINDET.

DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH  
Hallesche Str. 8a, 06686 Lützen OT Zorbau

StadtLandGrün  
Am Kirchtor 10  
06108 Halle

REFERENZEN SLG-af  
ANSPRECHPARTNER Herr Mayer / 87996484  
TELEFONNUMMER 034441/90656  
DATUM 14.01.2020  
BETRIFFT Naumburg, B-Plan 62

Sehr geehrte Frau Friedewald,

wir bedanken uns für die Beteiligung an Ihrer Planung und bitten die verspätete Antwort zu entschuldigen.

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Im Rahmen dieser Vollmacht nehmen wir zu der o. g. Planung Stellung.

Gegen den B-Plan 62 der Stadt Naumburg haben wir keine Einwände.

Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH. Als Anlage fügen wir den Bestandsplan der Telekommunikationsanlagen bei. Wir weisen darauf hin, dass diese Unterlagen nur für Ihre Planung verwendet werden dürfen und eine Weitergabe an Dritte unzulässig ist. Das Telekommunikationsnetz der Telekom wird momentan im Zuge des BLK Ausbaues erweitert. Unterlagen hierfür liegen uns nicht vor, da diese Arbeiten von Thüringer Koll. ausgeführt werden. Sollte der B-Plan zur Ausführung kommen möchten wir Sie bitten sich mindestens 6 Monate vor Baubeginn mit unseren Koll. Herrn Mayer zur weiteren Absprache in Verbindung zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.  
I. Polack

DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH  
Hauptanschrift: Technik Niederlassung Ost, Dresdner Str. 78, 01445 Radebeul  
Postanschrift: Hallesche Str. 8a, 06686 Lützen OT Zorbau  
Telefon +49 351 474-0, Telefax +49 391 53471806, Internet www.telekom.de  
Konto: Postbank Saarbrücken (BLZ 590 100 06), Kto.-Nr. 248 586 68 | IBAN: DE 1759 0100 6600 2485 8668 | SWIFT-BIC: PBNKDEFF590  
Aufsichtsrat: Dr. Dirk Wössner (Vorsitzender) | Geschäftsführung: Walter Goldenits (Vorsitzender), Maria Stettner, Dagmar Vöckler-Busch  
Handelsregister: Amtsgericht Bonn HRB 14190, Sitz der Gesellschaft Bonn | UStIdNr. DE 814645262

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg**  
**Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste **5**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

1

zu 1) Da seitens Telekom keine Einwände gegen den Bebauungsplan bestehen, ist eine **Abwägungsentscheidung nicht erforderlich**.

2

zu 2) Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Auf eine Übernahme des Leitungsbestandes in die Planzeichnung wurde verzichtet, da die Telekommunikationslinien entweder im öffentlichen Straßenraum verlaufen oder aufgrund der Neubebauung des Areals auch eine Neuverlegung erforderlich wird.





Eisenbahn-Bundesamt

Außenstelle Halle

ERWEGANGEN AM 06. FEB. 2020  
99/77

Eisenbahn-Bundesamt, Postfach 20 04 60, 06005 Halle (Saale)

StadtLandGrün  
Am Kirchtor 10  
06108 Halle (Saale)

Bearbeitung: Ulrike Gehre  
Telefon: +49 (345) 6783-110  
Telefax: +49 (345) 6783-5160  
E-Mail: GehreU@eba.bund.de  
Sb1-erf-hal@eba.bund.de  
Internet: www.eisenbahn-bundesamt.de  
Datum: 31.01.2020

Geschäftszeichen (bitte im Schriftverkehr immer angeben)  
63101-631p/004-2019#120

EVH-Nummer:

Betreff: Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 62 "Stadtquartier Schönburger Straße" der Stadt Naumburg (Saale)

Bezug: Ihr Schreiben vom 20.12.2019, Az. SLG-af

Anlagen: —

Sehr geehrte Damen und Herren,

seitens des Eisenbahn-Bundesamtes werden zu der o. g. folgende Hinweise gegeben bzw. Forderungen erhoben:

1. Die sich im Verfahrensgebiet befindliche Eisenbahnstrecke 6680 Naumburg - Teuchern ist im betreffenden Bereich an das nicht bundeseigende Eisenbahninfrastrukturunternehmen ZossenRail Betriebsgesellschaft mbH verpachtet. Daher besteht keine Zuständigkeit des Eisenbahn-Bundesamtes. Vielmehr sind die zuständigen Stellen des Landes Sachsen-Anhalt zu beteiligen.
2. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst auch Flächen, die mit Eisenbahnbetriebsanlagen belegt sind. Diese Flächen unterfallen dem eisenbahnrechtlichen Fachplanungsvorrang nach § 38 Baugesetzbuch (BauGB) und dürfen somit grundsätzlich nicht überplant werden. Die Bahnflächen sollten daher aus dem Geltungsbereich ausgelöst werden. Sofern Änderungen an den Bahnanlagen bzw. der Neubau von Bahnanlagen (z. B. Bahnsteige)

Hausanschrift:  
Ernst-Kamieth-Str. 5, 06112 Halle (Saale)  
Tel.-Nr.: +49 (345) 6783-0  
Fax-Nr.: +49 (345) 6783-5160  
De-Mail: poststelle@eba-bund.de-mail.de

Überweisungen an Bundeskasse Trier  
Deutsche Bundesbank, Filiale Saarbrücken  
BLZ 590 000 00 Konto-Nr. 590 010 20  
IBAN DE 81 5900 0000 0059 0010 20 BIC: MARKDEF1590  
Leitweg-ID: 991-11203-07

## Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg Vorentwurf 11/2019

Lfd. Nr. der Versandliste **6**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 1) Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen. Richtig zu stellen ist, dass die ZossenRail Betriebsgesellschaft nicht nur Pächterin, sondern Eigentümerin der Strecke ist.

zu 2) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Die Bahnstrecke wurde aus dem räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans herausgelöst.

geplant sein sollten, ist für diese Änderungen grundsätzlich eine Genehmigung gemäß § 18 Abs. 1 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) erforderlich. Diese Genehmigung kann nicht durch den Bebauungsplan ersetzt werden.

3. Die ZossenRail Betriebsgesellschaft mbH sollte ebenfalls am Verfahren beteiligt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

  
Gehrke

3

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg**  
**Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste **6**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)

☐

Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)

☒

Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 3) Der Hinweis wurde bereits berücksichtigt die ZossenRail Betriebsgesellschaft mbH wurde ebenfalls um Abgabe einer Stellungnahme gebeten.

EINGEGANGEN AM 15. JAN. 2020  
38178



Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt  
LANDESMUSEUM FÜR VORGESCHICHTE

Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt · Richard-Wagner-Str. 9 · D - 06114 Halle (Saale)  
**StadtLandGrün**

Markt 12 Am Kirchtor 10

06108 Halle (Saale)

Prof. Dr. habil. Matthias Becker  
(außerplanmäßiger Professor)  
mbecker@ida.stk.sachsen-anhalt.de  
www.archisa.de

BPL Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“, Naumburg

13. Januar 2020

Zu dem o.g. Vorhaben ergibt sich aus Sicht der archäologischen Denkmalpflege folgende Stellungnahme:

Nach derzeitiger fachlicher Einschätzung des LDA bestehen gegen das geplante Vorhaben keine Einwände. Die bisherige Nutzung des Geländes überprägt ein ausgedehntes mehrphasiges archäologisches Kulturdenkmal. Dennoch können Reste dieses Kulturdenkmals ungestört erhalten sein, so dass für Erdarbeiten entsprechende denkmalrechtliche Genehmigungen erforderlich sind.

Bitte weisen Sie die bauausführenden Betriebe grundsätzlich auf die gesetzliche Meldepflicht im Falle unerwartet freigelegter archäologischer Kulturdenkmale hin.

Nach § 9(3) des Denkmalschutzgesetzes für Sachsen-Anhalt sind Befunde mit den Merkmalen eines Kulturdenkmals bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige unverändert zu lassen. Eine wissenschaftliche Untersuchung durch das o.g. Landesamt oder von ihm Beauftragte ist zu ermöglichen. Innerhalb dieses Zeitraumes wird über das weitere Vorgehen entschieden.

Das Vorhaben ist mit den Zielen der archäologischen Denkmalpflege vereinbar unter Einhaltung von § 14 Denkmalschutzgesetz. Als Bearbeiter steht Ihnen Herr Prof. M. Becker, Tel. 0345-5247419, zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag

Prof. Dr. Matthias Becker  
Referatsleiter

Ihr Zeichen

1

Unser Zeichen

44-31621/19

2

3

4

Postanschrift  
Landesamt für Denkmalpflege  
und Archäologie Sachsen-Anhalt -  
Landesmuseum für Vorgeschichte  
Richard-Wagner-Str. 9  
06114 Halle (Saale)

Landeszentralbank (LZB) Dessau  
Konto 805 015 00  
BLZ 805 500 00

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg**  
**Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste **9a**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 1) Da aus Sicht der archäologischen Denkmalpflege keine Einwände gegen den Vorentwurf des Bebauungsplans bestehen, ist eine **Abwägungsentscheidung nicht erforderlich**.

zu 2) Der Hinweis wurde berücksichtigt. Unter Pkt. 6.10 der Begründung wird darauf hingewiesen, dass archäologische Kulturdenkmale erhalten sein könnten und es deshalb für Erdarbeiten einer denkmalrechtlichen Genehmigung bedarf. Ein entsprechender Hinweis wurde auch auf der Planzeichnung angebracht.

zu 3) Der Hinweise betreffen die Bauausführung und sind dabei zu beachten. Auf die Planinhalte des Bebauungsplans ergeben sich keine Auswirkungen.

zu 4) Da festgestellt wird, dass die Planung mit den Zielen der archäologischen Denkmalpflege vereinbar ist, ist eine **Abwägungsentscheidung nicht erforderlich**.

EMGESANGEN AM 20. JAN. 2020

57/70,



Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt  
LANDESMUSEUM FÜR VORGESCHICHTE

Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt - Richard-Wagner-Str. 9 - D-06114 Halle

STADTLANDGRÜN  
Stadt- und Landschaftsplanung  
Am Kirchtur 10  
06114 Halle

Dr. Walter Bettauer  
Gebietsreferent

Telefon 0345 - 2 93 97 70  
Telefax 0345 - 2 93 97 15  
wbettauer@lda.mik.sachsen-  
anhalt.de

www.la-da-sa.de

Stadt Naumburg (Saale), Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr.62  
„Stadtquartier Schönburger Straße“  
Hier: Stellungnahme des LDA

16.01.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie die Teilstellungnahme der Abteilung Bau- und  
Kunstdenkmalpflege, die Teilstellungnahme der Abt. Bodendenkmalpflege geht  
Ihnen ggf. gesondert zu.

Es bestehen keine Bedenken gegenüber der Aufstellung  
des Bebauungsplanes Nr. 62.

Als Bearbeiter steht Ihnen Herr Dr. W. Bettauer, Tel. 0345-2939770, zur  
Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Dr. Bettauer

Verteiler:  
Stadt Naumburg UDSB (per Mail)

**Hier macht  
das Bauhaus  
Schule.**  
#moderndenken

Postanschrift  
Landesamt für Denkmalpflege  
und Archäologie Sachsen-Anhalt -  
Landesmuseum für Vorgeschichte  
Richard-Wagner-Str. 9  
06114 Halle (Saale)

Landeshauptkasse Sachsen-Anhalt  
IBAN: DE21 8100 0000 0081 0015 00  
BIC: MARKDEF1810  
Bundesbankfiliale Magdeburg  
VAT: DE 1937 117 14

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg**  
**Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste **9b**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

Da aus Sicht der Bau- und Kunstdenkmalpflege keine Bedenken gegen den Vorentwurf  
des Bebauungsplans bestehen, ist eine **Abwägungsentscheidung nicht erforderlich.**

EINGEGANGEN AM 13. FEB. 2020

11417

Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt  
Postfach 156 • 06108 Halle / Saale

StadtLandGrün  
Am Kirchtor 10  
06108 Halle

**Vorentwurf - Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 62 "Stadtquartier  
Schönburger Straße" der Stadt Naumburg (Saale)**

Ihr Zeichen: SLG-af

Sehr geehrte Frau Friedewald,

mit Schreiben vom 20.12.2019 baten Sie das Landesamt für Geologie und  
Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB) um eine Stellungnahme im Rahmen der  
Vorentwurfsplanungen zur Aufstellung des o.g. Bebauungsplanes der Stadt  
Naumburg.

Durch die zuständigen Fachdezernate der Bereiche Geologie und Bergbau  
des LAGB erfolgten Prüfungen zum o.g. Vorhaben, um Sie auf mögliche geo-  
logische / bergbauliche Beeinträchtigungen hinweisen zu können.

Aus den Bereichen Geologie und Bergwesen kann Ihnen folgendes mitgeteilt  
werden:

Bergbau

Das o.g. Planungsgebiet befindet sich in der nachfolgend nach §§ 6 ff Bun-  
desberggesetz (BBergG), in der jeweils gültigen Fassung, aufgeführten  
Bergbauberechtigung:

**Sachsen-Anhalt  
#moderndenken**



SACHSEN-ANHALT

Landesamt für  
Geologie und Bergwesen

Dezernat 32  
Rechtsangelegenheiten

10.02.2020  
32.22-34290-162/2020-  
3002/2020

Herr Häusler  
Durchwahl +49 345 5212-140  
E-Mail: stellungnahmen  
@lagb.mw.sachsen-anhalt.de

Köthener Str. 38  
06118 Halle / Saale

Telefon (0345) 5212-0  
Telefax (0345) 522 99 10

www.lagb.sachsen-anhalt.de  
poststelle@lagb.mw.sachsen-  
anhalt.de

Landeshaupkasse Sachsen-Anhalt  
Deutsche Bundesbank  
Filiale Magdeburg  
IBAN DE 21 8100 0000 00 8100 1500  
BIC MARKDEF1810

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg**

**Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste **10**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 1) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Ein Hinweis auf die großflächig erteilte  
Bergbauberechtigung wurde unter Pkt. 6.10 in die Begründung eingefügt.

Art der Berechtigung	Bewilligung
Feldesname	Bad Kösen
Nr. der Berechtigung	II-A-d-32/92-4836
Bodenschatz	Kali- und Steinsalz einschließlich auftretender Sole (beschränkt auf natürlich auftretende Sole)
Rechtsinhaber bzw. Rechtseigentümer	Kurbetriebsgesellschaft Bad Kösen mbH, Rudolf-Breitscheid-Straße 2, 06628 Bad Kösen

Bei dieser Berechtigung handelt es sich um eine großräumig erteilte Erlaubnis. Beeinträchtigungen der Planungsfläche sind daher nicht zu erwarten.

Hinweise auf mögliche Beeinträchtigungen durch umgegangenen Altbergbau liegen dem Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt für den Bereich nicht vor.

Bearbeiter: Herr Thurm (0345 - 5212 187)

#### Geologie

Bezüglich des Vorhabens gibt es nach beim gegenwärtigen Kenntnisstand des LAGB aus hydrogeologischer Sicht keine Bedenken.

#### Hinweise:

Auf Grund der gewerblichen Vornutzung ist grundsätzlich das Vorhandensein von Altlastverdachtsflächen zu recherchieren und diese ggf. zu erkunden.

Nach den hier vorliegenden Unterlagen ist Grundwasser in Tiefen > 5m zu erwarten.

Das Baugebiet befindet sich innerhalb der Verbreitung von Kiesen der Mittelterrasse (auch: Hauptterrasse) und ist damit nach erster Einschätzung für Versickerungen geeignet.

Das LAGB erbittet unter Verweis auf hierfür geltende Gesetze, die Übersendung der Dokumentationen aller zu tätigen Bohrungen (Vermessungsdaten, geologische Schichtfolge, Untersuchungsergebnisse).

Grundsätzlich wird für den Bau von Versickerungsanlagen (Rigolen, Schächte usw.) auf die Einhaltung des Arbeitsblattes DWA-A138 „Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser“ vom April 2005 verwiesen. Der dafür erforderliche mittlere höchste Grundwasserstand (MHGW) ist beim Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft

## Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg

Vorentwurf 11/2019

Lfd. Nr. der Versandliste **10**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 2) Die Feststellung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 3) Da aus hydrogeologischer Sicht keine Bedenken gegen den Vorentwurf des Bebauungsplans bestehen, ist eine **Abwägungsentscheidung nicht erforderlich**.

zu 4) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Für die Flurstücke 692 und 693 wurde eine orientierende Erkundung (Phase IIa-2, Stand 27.02.2020) durch den Eigentümer durchgeführt, die auch der Bodenschutzbehörde vorliegt. Darin werden keine weiterführenden detaillierten Untersuchungen empfohlen.

zu 5) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Die Aussagen zur Versickerungseignung des Bodens und zu den zu erwartenden Grundwasserständen wurden unter Pkt. 6.5 (Ver- und Entsorgung) in die Begründung aufgenommen.

zu 6) Der Hinweis wurde zur Kenntnis genommen. Er ist im Rahmen der Umsetzung der Planung zu beachten.

zu 7) Der Hinweis wurde zur Kenntnis genommen. Er betrifft die Objektplanungen für die Erschließungsanlagen und ist dabei zu beachten. Auf die Planinhalte des Bebauungsplans ergeben sich keine Auswirkungen.

Seite 3/3

Sachsen-Anhalt (39104 Magdeburg, Otto-von-Guericke-Str. 5) einzuholen.

Bearbeiter: Herr Dr. Balaske (0345 - 5212 180)

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

*Häusler*  
Häusler

7

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg**  
**Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste **10**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)

☐

Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)

☒

Vorschlag für die Beschlussfassung:

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

Da keine Einwände gegen den Vorentwurf des Bebauungsplans bestehen, ist eine  
**Abwägungsentscheidung nicht erforderlich.**



EINGEGANGEN AM 05. FEB. 2020

SLG/TL

Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt  
Neustädter Passage 15, 06122 Halle (Saale)

StadtLandGrün  
Am Kirchtor 10  
06108 Halle (Saale)

**Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 62 "Stadtquartier Schönbürger Straße", Stadt Naumburg (Saale)**

**Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Rahmen meiner Aufgaben als Träger öffentlicher Belange nehme ich zu Ihrer Planung wie folgt Stellung:

Im Planungsgebiet befinden sich keine für die Geoinformationsverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt bedeutsamen und insofern schützenswerten Anlagen in meiner Trägerschaft. Ferner habe ich im Planungsgebiet keine sonstigen Maßnahmen vorgesehen. Der Planinhalt des vorgelegten Bebauungsplanes steht meinen fachlichen Belangen grundsätzlich nicht entgegen.

Für Rückfragen stehe ich unter der nebenstehenden Telefonnummer gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Wolfgang Langner



Landesamt für  
Vermessung  
und Geoinformation



Halle, 03.02.2020

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht:  
SLG-afz  
vom 20.12.2019  
Mein Zeichen/Meine Nachricht:  
52d-V24-8001510-2020

bearbeitet von:  
Wolfgang Langner

Telefon: 0345 6912-486

Öffnungszeiten des  
Geokompetenz-Centers  
Mo – Fr 8 – 13 Uhr  
zusätzlich für Antragsannahme  
und Information:  
Di 13 – 18 Uhr

Auskunft und Beratung  
Telefon: 0391 567-8585  
Fax: 0391 567-8686  
E-Mail: [service.lvmgeo@sachsen-anhalt.de](mailto:service.lvmgeo@sachsen-anhalt.de)

Standort Halle (Saale)  
Telefon: 0345 6912-0  
Fax: 0345 6912-133  
E-Mail: [poststelle.halle.lvmgeo@sachsen-anhalt.de](mailto:poststelle.halle.lvmgeo@sachsen-anhalt.de)  
Internet: [www.lvmgeo.sachsen-anhalt.de](http://www.lvmgeo.sachsen-anhalt.de)

Landeshauptkasse Sachsen-  
Anhalt  
Deutsche Bundesbank  
IBAN: DE2181000000001001500  
BIC: MARKDEF1810  
USt-IdNr.: DE 232963370

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönbürger Straße“ der Stadt Naumburg**  
**Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste **11**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

Da keine Einwände gegen den Vorentwurf des Bebauungsplans bestehen, ist eine **Abwägungsentscheidung nicht erforderlich.**

**Astrid Friedewald**

**Von:** Kittel, Klaus-Dieter <Klaus-Dieter.Kittel@lvwa.sachsen-anhalt.de>  
**Gesendet:** Dienstag, 21. Januar 2020 08:01  
**An:** 'astrid.friedewald@slg-stadtplanung.de'  
**Betreff:** Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 62 "Stadtquartier Schönburger Straße", Naumburg (Saale)

Sehr geehrte Frau Friedewald,

hiermit übersende ich Ihnen die Stellungnahme des Referates 407 zum o.g. Bebauungsplan:

Die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege für den hier benannten Bebauungsplan vertritt die Naturschutzbehörde des Burgenlandkreises.

Hinweis:  
Umweltschadensgesetz und Artenschutzrecht sind zu beachten. Ich verweise in diesem Zusammenhang insbesondere auf § 19 BNatSchG i.V. m. dem Umweltschadensgesetz (vom 10. Mai 2007, BGBl. Teil I S. 666) sowie auf die §§ 44 und 45 BNatSchG.

Mit freundlichen Grüßen

Kittel

--

Klaus-Dieter Kittel  
Referat Naturschutz, Landschaftspflege, Umweltbildung  
Landesverwaltungsamt  
Dessauer Straße 70  
06118 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-2145  
Fax: (0345) 514-2118  
E-Mail: [klaus-dieter.kittel@lvwa.sachsen-anhalt.de](mailto:klaus-dieter.kittel@lvwa.sachsen-anhalt.de)

**Sachsen-Anhalt.  
Hier macht das  
Bauhaus Schule.**

#moderndenken

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg**

**Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste

**13a**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 1) Die Feststellung wurde zur Kenntnis genommen. Der Burgenlandkreis wurde ebenfalls um Abgabe einer Stellungnahme gebeten.

zu 2) Der Hinweis wurde zur Kenntnis genommen. Umweltschadensgesetz und Artenschutzrecht werden beachtet.

#### Astrid Friedewald

Von: Bauer, Mike <Mike.Bauer@lvwa.sachsen-anhalt.de>  
Gesendet: Dienstag, 4. Februar 2020 14:20  
An: 'astrid.friedewald@sig-stadtplanung.de'  
Cc: Zorn, Michael  
Betreff: Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 62 "Stadtquartier Schönburger Straße", Naumburg

#### Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 BauGB Hier: Stellungnahme der Oberen Immissionsschutzbehörde

Vorhaben: Bauleitplanung der Stadt Naumburg (Saale), Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 62 "Stadtquartier Schönburger Straße"  
Stadt: Naumburg (Saale)  
Ortsteil: Naumburg (Saale)  
Landkreis: Burgenlandkreis  
Aktenzeichen: 21102/01-1827/2020.BP  
Kurzbezeichnung: Naumburg (Saale)-1827/2020.BP-Stadtquartier Schönburger Straße

Aus der Sicht der Oberen Immissionsschutzbehörde bestehen zum Planentwurf keine Bedenken in Bezug auf die von unserem Zuständigkeitsbereich erfassten Belange. In der unmittelbaren Umgebung und im Geltungsbereich befinden sich keine Anlagen, die nach dem BImSchG genehmigungsbedürftig sind und für deren Überwachung das Landesverwaltungsamt zuständig ist. In der Begründung zum Bebauungsplan wird darauf verwiesen, dass ein schalltechnisches Gutachten erstellt wurde, um die Auswirkungen der geplanten Sportanlagen auf die schutzbedürftige Nachbarschaft (vorhandene und geplante Wohnbebauungen) zu ermitteln und zu bewerten. Die Bewertung der Ergebnisse des Gutachtens obliegt der Unteren Immissionsschutzbehörde.

Mike Bauer  
Referat Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit,  
Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfungen

Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt  
Dessauer Straße 70  
06118 Halle (Saale)

Tel.: 0345 514 2194  
Fax: 0345 514 2512



SACHSEN-ANHALT

Landesverwaltungsamt

#### Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg

Vorentwurf 11/2019

Lfd. Nr. der Versandliste

**13b**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

- 1 zu 1) Da seitens der Oberen Immissionsschutzbehörde keine Einwände gegen die Planung bestehen, ist eine **Abwägungsentscheidung nicht erforderlich**.
- 2 zu 2) Die Feststellung wurde zur Kenntnis genommen. Der Burgenlandkreis wurde ebenfalls um Abgabe einer Stellungnahme gebeten.

**Astrid Friedewald**

**Von:** Loebmann, Mathias <Mathias.Loebmann@lvwa.sachsen-anhalt.de>  
**Gesendet:** Dienstag, 11. Februar 2020 11:41  
**An:** 'astrid.friedewald@slg-stadtplanung.de'  
**Betreff:** TÖB - Naumburg (Saale)-1827/2020.BP-Stadtquartier Schönburger Straße

Vorhaben:	Bauleitplanung der Stadt Naumburg (Saale), Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 62 "Stadtquartier Schönburger Straße"
Stadt:	Naumburg (Saale)
Ortsteil:	Naumburg (Saale)
Landkreis:	Burgenlandkreis
Aktenzeichen:	21102/01-1827/2020.BP
Kurzbezeichnung:	Naumburg (Saale)-1827/2020.BP-Stadtquartier Schönburger Straße

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Frau Friedewald,

im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB haben Sie das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt um Stellungnahme gebeten.  
Abwasserrechtliche Belange in Zuständigkeit des Landesverwaltungsamtes als obere Wasserbehörde werden nicht berührt.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

--  
**Mathias Löbmann**  
**Referat Abwasser**  
Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt  
Dessauer Straße 70  
06118 Halle (Saale)  
  
Tel.: +49 345 514 2846  
Fax: +49 345 514 2798  
E-Mail: [Mathias.Loebmann@lvwa.sachsen-anhalt.de](mailto:Mathias.Loebmann@lvwa.sachsen-anhalt.de)

**Sachsen-Anhalt.**  
**#moderndenken**

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg**  
**Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste **13c**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

Da durch die Planung keine abwasserrechtlichen Belange in Zuständigkeit des Landesverwaltungsamtes berührt werden, ist eine **Abwägungsentscheidung nicht erforderlich.**

Landesverwaltungsamt - Postfach 19 63 - 39009 Magdeburg

StadtLandGrün  
Am Kirchtor 10

06112 Halle (Saale)

#### Stadt Naumburg, Bauleitplanung

#### Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“

Hier: Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 20.12.2019 beteiligten Sie das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt zum oben bezeichneten Verfahren und baten um eine Stellungnahme zur angezeigten Planung.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit der Unterzeichnung des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt (Welterbekonvention vom 16.11.1972, Bekanntmachung vom 02.02.1977, BGBl. II, S. 213) am 23.11.1976, verpflichtet, die innerhalb ihrer Grenzen befindlichen Weltkulturerbestätten zu erfassen, zu schützen, in Bestand und Wertigkeit zu erhalten und seine Weitergabe an künftige Generationen sicherzustellen.

Schutz und Pflege von Kulturdenkmalen obliegt in Deutschland den einzelnen Bundesländern. In Sachsen-Anhalt nimmt im Landesverwaltungsamt das Referat Denkmalschutz, UNESCO-Weltkulturerbe, die von der Landesregierung übertragene Aufgabe wahr, zu prüfen, ob die Verpflichtungen aus der Welterbekonvention bei allen, die Welterbestätten betreffenden Planungen und Vorhaben, in angemessener Form berücksichtigt werden.

**Sachsen-Anhalt**  
**#moderndenken**



LANDESVERWALTUNGSAMT

Referat  
Denkmalschutz,  
UNESCO - Weltkulturerbe

Magdeburg, 13. Feb. 2020

Ihr Zeichen: SLG-afv v. 20.12.19

Mein Zeichen:  
304.3.1-50926-9251-1/2019

Bearbeitet von:  
Frau Schütze

sabine.schuetze@  
lwa.sachsen-anhalt.de

Tel.: (0391) 567-2544

Fax: (0391) 567-2686

#### Dienstgebäude:

Hakeborner Str.1  
39112 Magdeburg

Tel.: (0391) 567-02

Fax: (0391) 567-2696

Postmd@lwa.sachsen-anhalt.de

#### Hauptsitz:

Ernst-Kamieth-Straße 2  
06112 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-0

Fax: (0345) 514-1444

Poststelle@  
lwa.sachsen-anhalt.de

#### Internet:

www.landesverwaltungsamt.  
sachsen-anhalt.de

E-Mail-Adresse nur für  
formlose Mitteilungen  
ohne elektronische Signatur

Landeshauptkasse Sachsen-Anhalt  
Deutsche Bundesbank  
BIC MARKDEF1810  
IBAN DE2181000000081001500

## Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg

Vorentwurf 11/2019

Lfd. Nr. der Versandliste

**13d**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 1) Die allgemeinen Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

Seite 2/2

Aus Sicht des Referates Denkmalschutz, UNESCO-Weltkulturerbe werden Belange der UNESCO-Weltkulturerbestätte „Naumburger Dom“ von dem Vorhaben **nicht** berührt.

Gemäß Erlass des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt zur Regelung der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange bei der Aufstellung von Bauleitplänen und Satzungen nach den §§ 34 Abs. 4 Nr. 2 sowie 35 Abs. 6 BauGB – Trägererlass – vom 20.12.2017 sind unter Nr. 8 des Verzeichnisses zum öffentlichen Belang „Denkmalschutz und Denkmalpflege“ das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie und die obere Denkmalschutzbehörde/Landesverwaltungsamt als zu beteiligende Behörde benannt worden.

Aufgabe des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege ist es, Kulturdenkmale als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte für die Nachwelt zu bewahren.

In der Regel hat dies die untere Denkmalschutzbehörde durch Nebenbestimmungen und Hinweise im denkmalrechtlichen Genehmigungsverfahren nach § 14 Abs. 1 und 2 Denkmalschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (DenkmSchG LSA) zu gewährleisten. Für den Bereich der Lutherstadt Wittenberg ist der Landkreis Wittenberg die zuständige untere Denkmalschutzbehörde, § 8 Abs. 1 DenkmSchG LSA.

Soll ein Kulturdenkmal durch Maßnahmen im Plangebiet zerstört werden, ist dies gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 5 i.V.m. Abs. 10 DenkmSchG LSA vorher bei mir zu beantragen.

Neben oben angeführtem Trägererlass sind auch gemäß § 8 Abs. 3 DenkmSchG LSA Vorhaben, die innerhalb von Gemeinde-, Gebiets-, Verkehrs- und anderen Planungen Kulturdenkmale nach § 2 DenkmSchG LSA berühren, dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie zur Stellungnahme vorzulegen.

Ich bitte um Beachtung der Stellungnahmen des Denkmalfachamtes und Berücksichtigung der denkmalfachlichen Aussagen darin. Gegen die Bauleitplanung bestehen keine Bedenken.

Bei weiteren Änderungen bitte ich jeweils um erneute Beteiligung des Landesverwaltungsamtes, Referat Denkmalschutz, UNESCO-Weltkulturerbe.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

  
Schütze

2

3

4

5

6

7

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg**  
**Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste

**13d**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 2) Da festgestellt wird, dass die Planung die Belange der UNESCO-Weltkulturerbestätte „Naumburger Dom“ nicht berührt, ist eine **Abwägungsentscheidung nicht erforderlich**.

zu 3) Die Hinweise wurden im Planverfahren berücksichtigt. Der genannte Erlass wurde beachtet. Sowohl die Obere Denkmalschutzbehörde als auch das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie wurden um Abgabe einer Stellungnahme zum Vorentwurf des Bebauungsplans gebeten.

zu 4) Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

zu 5) Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 6) Die Stellungnahmen der Fachbehörden wurden beachtet (vgl. hierzu Abwägungsbögen unter den Lfd. Nummern 6a und 6b). Da gegen die Planung keine Bedenken bestehen, ist eine **Abwägungsentscheidung nicht erforderlich**.

zu 7) Der Hinweis wird im weiteren Verfahren Berücksichtigung finden. Eine erneute Beteiligung des Landesverwaltungsamtes erfolgt mit dem Entwurf des Bebauungsplans.



Der Landrat

Burgenlandkreis • Postfach 1151 • 06601 Naumburg (S.)

StadtLandGrün  
Stadt- und Landschaftsplanung  
Am Kirchtor 10  
06108 Halle (Saale)

Stabsstelle Breitbandausbau/  
Regionalplanung  
Untere Landesentwicklungsbehörde  
Rückfragen an:  
Gabriele Frenzel  
Telefon: 03443 372 225  
Telefax: 03443 372 224  
E-Mail: frenzel.gabriele@bik.de

Dienststelle/Besucheranschrift:  
Am Stadtpark 6  
06667 Weißenfels  
Zimmer-Nr. 113

Ihre Zeichen  
SLG-afR

Ihre Nachricht vom  
20.12.2019

Mein Zeichen  
6122-00020-19-25

Datum  
11.02.2020

#### Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB

Hier: **Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg als Bebauungsplan der Innenentwicklung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 62 der Stadt Naumburg (Stand November 2019) erhielt der Burgenlandkreis im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange die Möglichkeit, die von ihm zu vertretenden Belange geltend zu machen, die durch die Planung berührt sein können sowie Hinweise im Rahmen der Vorprüfung zur Abklärung der Auswirkungen auf die Umwelt zu geben.

Nachfolgend gebe ich Ihnen dazu die Hinweise betroffener Fachbehörden meines Hauses bekannt.

Mit dieser Stellungnahme wird den vorgeschriebenen Genehmigungs- und Zulassungsverfahren nicht vorgegriffen und es werden damit weder öffentlich-rechtliche noch privatrechtliche Zustimmungen und Gestattungen erteilt.

Meine Behörde nimmt keine Vorabwägung vor.

#### Stabsstelle Breitbandausbau/ Regionalplanung SG untere Landesentwicklungsbehörde

Die Rechtsgrundlagen für die raumordnerische Beurteilung sind das Raumordnungsgesetz vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 15 des Gesetzes vom 20.07.2017 (BGBl. I S. 2808), das Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), das Landesentwicklungsgesetz Sachsen-Anhalt vom 23.04.2015 (GVBl. LSA S.170, LEntwG LSA), die Verordnung über den Landesentwicklungsplan 2010 des Landes Sachsen-Anhalt vom 16.02.2011 (GVBl. LSA S. 160) und der Regionale Entwicklungsplan für die Planungsregion Halle vom 27.05.2010/ 26.10.2010, in Kraft getreten am 21.12.2010 sowie der Runderlass der MLV vom 01.11.2018 (MBL. LSA Nr. 41/2018).

#### Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg Vorentwurf 11/2019

Lfd. Nr. der Versandliste **15**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:



<p>Der Bebauungsplan der Innenentwicklung wird seitens der Stadt Naumburg zur Revitalisierung einer Gewerbebrache mit Ziel der Errichtung eines Schulcampus für ca. 650 Schüler sowie eines Wohngebietes für ca. 150 Wohnungen aufgestellt.</p> <p>Gemäß § 13 Absatz 1 Satz 2 LEntwG LSA sind Sie verpflichtet, der obersten Landesentwicklungsbehörde (Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, Referat 24) Ihre raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen möglichst frühzeitig mitzuteilen und die erforderlichen Auskünfte zu geben. Die Feststellung der Vereinbarkeit der oben genannten Planung/Maßnahme mit den Zielen der Raumordnung erfolgt dann durch die gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 10 LEntwG LSA zuständige oberste Landesentwicklungsbehörde (Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, Referat 24) nach § 13 Abs. 2 LEntwG LSA.</p> <p>Aus planungsrechtlicher Sicht gebe ich folgende Hinweise:</p> <p>Da der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden soll und die Größe der geplanten Grundfläche 20.000 m² übersteigen soll, hat eine Vorprüfung zur Feststellung der Umweltauswirkungen nach den Kriterien der Anlage 2 des BauGB zu erfolgen. Das Ergebnis ist zu dokumentieren.</p> <p>Nach § 13a Absatz 1 Satz 4 BauGB ist die Anwendung des beschleunigten Verfahren ausgeschlossen, wenn durch den Bebauungsplan die Zulässigkeit von Vorhaben begründet werden soll, die der Erforderlichkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bedürfen. Es wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass neu zu errichtende Straßen (hier: Osttangente) entsprechend UVP-Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt (Anlage 3.6) der standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls zu unterziehen sind, um festzustellen, ob diese der UVP bedürfen oder nicht.</p> <p>Nach der Begründung Pkt. 8. bezieht der Bebauungsplan eine Bahnanlage in den Geltungsbereich ein. Das Städtebauliche Konzept sieht vor, einen Bahnhaltepunkt für die Erschließung des Schulcampus innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes zu installieren. Bestehende Bahnanlagen unterliegen dem Fachplanungsvorbehalt des Eisenbahnrechts. D.h., dass eine Planung der Gemeinde hier nur zulässig ist, soweit dadurch inhaltlich kein Konflikt mit den bestehenden Bahnanlagen und dem Bahnbetrieb ausgelöst werden. Nach § 18 Abs. 1 AEG dürfen Betriebsanlagen einer Eisenbahn nur gebaut oder geändert werden, wenn der Plan vorher festgestellt ist. Das Eisenbahnbundesamt ist als die diesbezüglich zuständige Behörde einzubeziehen.</p>	<p><b>Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg</b> <b>Vorentwurf 11/2019</b></p> <p>Lfd. Nr. der Versandliste <b>15</b></p> <p>Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung) <input type="checkbox"/></p> <p>Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Behördenbeteiligung) <input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Vorschlag für die Beschlussfassung:</p> <p>zu 1) Der Hinweis wurde berücksichtigt. Das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr wurde um Abgabe einer Stellungnahme zum Vorentwurf des Bebauungsplans gebeten.</p> <p>zu 2) Der Hinweis wurde berücksichtigt. Die Vorprüfung des Einzelfalls ist erfolgt. Das Ergebnis wurde dokumentiert. Es wurde festgestellt, dass die Umsetzung der Planung nicht zu erheblichen Umweltauswirkungen führt.</p> <p>zu 3) Der Hinweis wurde berücksichtigt. Die standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls für die neu zu errichtende Straße ist erfolgt. Es wurde festgestellt, dass die Umsetzung der Planung nicht zu erheblichen Umweltauswirkungen führt.</p> <p>zu 4) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Die Bahnstrecke wurde aus dem räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans herausgelöst.</p> <p>zu 5) Der Hinweis wurde berücksichtigt. Das Eisenbahnbundesamt wurde um Abgabe einer Stellungnahme zum Vorentwurf des Bebauungsplans gebeten.</p>
---	--

<p><b>Rechts- und Ordnungsamt</b></p> <p>Die Überprüfung der in den Geltungsbereich einbezogenen Flächen anhand der hier zurzeit vorliegenden Unterlagen (Belastungskarten) hat ergeben, dass innerhalb des Plangebietes Kampfmittelverdachtsfläche vorhanden sind.</p> <p>Aufgrund der Größe des Betrachtungsgebietes wird auf die Möglichkeit der persönlichen Einsichtnahme des Antragstellers in die Belastungskarten im Rechts- und Ordnungsamt nach telefonischer Terminvereinbarung unter 03445/731709, Frau Schlegel, hingewiesen.</p> <p>Bei erdeingreifenden Maßnahmen in diesem Bereich sind vor dem Beginn der Arbeiten entsprechende Einzelanfragen zur Belastung mit eventuellen Bombenblindgängern und weiteren Kampfmitteln mit folgenden Angaben und Unterlagen für das Amtshilfeersuchen an den Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD) im Rahmen dieser Maßnahme erforderlich:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Angaben zu der prüfenden Fläche <ul style="list-style-type: none"> <li>Angaben zum Antragsteller, Ansprechpartner und Telefonnummer (optional), Lage des Bauvorhabens (Ort, ggf. Ortsteil, PLZ, Straße, Hausnummer),</li> <li>Liegenschaftsinformationen zum Bauvorhaben (Gemarkung, Flur, von Maßnahme betroffene(s) Flurstück(e),</li> <li>Eigentümerinformationen (Benennung bzw. bei mehreren Flurstücken tabellarische Auflistung der Eigentümer der von der Baumaßnahme betroffenen Flurstücke),</li> <li>Informationen zum Bauvorhaben: <ul style="list-style-type: none"> <li>Art des Bauvorhabens z.B. Garage, EFH, ... usw.,</li> <li>bei Trassen z.B. Leitungen, Straßen - Angabe der Trassenbreite,</li> <li>geplante Bauweise, Gründungstiefe bzw. Art und Umfang der Erdeingriffe, soweit bekannt,</li> <li>Kenntnis zu Auffüllungen und Altbebauung soweit bekannt</li> </ul> </li> </ul> </li> <li>Arbeitskarten <ul style="list-style-type: none"> <li>Übersichtskarten (Topographische Karte, Stadtplan o.ä. im Maßstab 1:5000 bis 1:25000 mit Kennzeichnung des Bauvorhabens)</li> <li>Detaillkarten (Flurkarte mit Kennzeichnung der Flurstücke des Bauvorhabens, Lageplan mit Flurstücksgrenzen, aus dem die Lage des geplanten Bauvorhabens auf dem(n) Flurstück(en) ersichtlich ist - 2-fach!)</li> </ul> </li> </ol> <p>Der Antrag ist dann beim Burgenlandkreis, Rechts- und Ordnungsamt, Schönburger Straße 41, 06618 Naumburg unter Mitteilung des LR/30.32.4./322611-104/19 zu stellen. Die Bearbeitungszeit beim KBD beträgt derzeit 15 Wochen.</p> <p>Ungeachtet dessen besteht jedoch auch jederzeit die Möglichkeit, selbst und auf eigene Kosten eine gewerbliche Kampfmittelräumfirma mit der Überprüfung der von der Maßnahme betroffenen Fläche zu beauftragen. Eine aktuelle Liste einer Auswahl von</p>		<p><b>Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg</b>  <b>Vorentwurf 11/2019</b></p> <p>Lfd. Nr. der Versandliste <b>15</b></p> <p>Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung) <input type="checkbox"/></p> <p>Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Behördenbeteiligung) <input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Vorschlag für die Beschlussfassung:</p> <p>zu 6) Die Information wurde berücksichtigt. Ein Hinweis auf die mögliche Kampfmittelbelastung des Plangebietes wurde unter Pkt. 6.7 in die Begründung zum Entwurf des Bebauungsplans aufgenommen.</p> <p>zu 7) Die Information wurde zur Kenntnis genommen.</p> <p>zu 8) Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen die Bauausführung und sind dabei zu beachten. Auf die Planinhalte des Bebauungsplans ergeben sich keine Auswirkungen.</p> <p>zu 9) Die Information wurde zur Kenntnis genommen.</p>	
6			
7			
8			
9			

<p>Kampfmittelräumfirmen, die im Land Sachsen-Anhalt tätig sind, könnte auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden (Frau Schlegel Telefon 03445 731709).</p> <p>Für den als nicht belastet ausgewiesenen Baubereich besteht nach hiesigen Erkenntnissen kein Verdacht auf das Vorhandensein von Kampfmitteln. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass Kampfmittelfunde jeglicher Art niemals ganz ausgeschlossen werden können. Sollten entgegen der Erwartungen Kampfmittel gefunden werden, so ist entsprechend der Gefahrenabwehrverordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel (KampfM-GAVO) in der derzeit geltenden Fassung zu verfahren.</p> <p><b>Behindertenbeauftragte</b></p> <p>Die nördlich der Schönburger Straße in Naumburg gelegene Gewerbebrache soll revitalisiert werden. Gemäß § 1 Abs. 6 Punkt 3 BauGB sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne insbesondere auch die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere die Bedürfnisse der Familien, der jungen, alten und behinderten Menschen zu berücksichtigen und nach § 13 Abs. 1 Behinderten-gleichstellungsgesetz Sachsen-Anhalt sind bauliche Anlagen, öffentliche Wege, Plätze und Straßen sowie öffentlich zugängliche Verkehrsanlagen nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften barrierefrei zu gestalten und gemäß Abs. 2 sollen Neubauten, Um- und Erweiterungsbauten der Träger der öffentlichen Verwaltung entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik barrierefrei gestaltet werden.</p> <p>Bezugnehmend auf die Vorgaben ergeben sich keine weiteren behindertenrelevanten Belange für den Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ Naumburg.</p> <p><b>Wirtschaftsamt</b></p> <p>Für die o.g. Planung gibt es seitens des Wirtschaftsamtes folgende Anmerkungen:</p> <p>Es muss ein besonderer Fokus auf die vorgesehenen Bushaltestellen zur Anbindung an den ÖPNV gelegt werden. Ein Vorhaben in geplanter Größenordnung stellt besondere Anforderungen an die ÖPNV Zugangspunkte. Dadurch, dass verschiedene Schulformen eingerichtet werden sollen, ist mit einem hohen Bedarf in der An- und Abbringung von Schülern zu rechnen. Die Dimensionierung der Bushaltestellen muss diesen hohen Anforderungen gerecht werden und ist in enger Zusammenarbeit mit der Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis sowie mit dem Amt für Bildung, Kultur und Sport und dem Wirtschaftsamt des Burgenlandkreises abzustimmen.</p> <p>Für die zu erwartende große Dimensionierung der Bushaltestellenanlage ist außerdem eine besonders intensive Abstimmung mit den Behindertenvertretern des Burgenlandkreises bezüglich der Barrierefreiheit zu gewährleisten.</p>	<p><b>9</b></p> <p><b>10</b></p> <p><b>11</b></p> <p><b>12</b></p> <p><b>13</b></p> <p><b>14</b></p>	<p><b>Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg</b> <b>Vorentwurf 11/2019</b></p> <p>Lfd. Nr. der Versandliste <b>15</b></p> <p>Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung) <input type="checkbox"/></p> <p>Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Behördenbeteiligung) <input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Vorschlag für die Beschlussfassung:</p> <p>zu 10) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Entsprechende Ausführungen wurden unter Pkt. 6.7 in die Begründung zum Entwurf des Bebauungsplans aufgenommen.</p> <p>zu 11) Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. In der Begründung zum Bebauungsplan wird unter Pkt. 6.7 (Verkehrerschließung) auf die barrierefreie Gestaltung öffentlicher Plätze, Straßen etc. hingewiesen. Des Weiteren betreffen sie die Objektplanungen für Hochbauten und Freianlagen und sind dabei zu beachten. Ein entsprechender Hinweis wurde unter Pkt. 6.4 (Fläche für Gemeinbedarf) in die Begründung aufgenommen. Auf die Planinhalte des Bebauungsplans ergeben sich keine direkten Auswirkungen.</p> <p>zu 12) Die Feststellung wurde zur Kenntnis genommen.</p> <p>zu 13) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Die Festsetzung der Verkehrsflächen ist im Entwurf des Bebauungsplans so erfolgt, dass der notwendige Flächenbedarf des Bushaltestellen berücksichtigt wurde.</p> <p>zu 14) Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen die Objektplanungen für die Verkehrsanlagen und sind dabei zu beachten. Auf die Planinhalte des Bebauungsplans ergeben sich keine Auswirkungen.</p>
--	--	---

<p><b>Amt für Brand- und Katastrophenschutz und Rettungswesen</b></p> <p>Seiten des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz und Rettungswesen stehen, vorausgesetzt die zurzeit gültigen Gesetze und anerkannten Regeln der Technik mit Brandschutzrelevanz werden eingehalten/realisiert, dem Vorhaben keine Bedenken entgegen.</p> <p>Für die weitere Planung ist zu beachten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die ausreichende Zuwegung/Verkehrsfläche (z.B. Abstand, Achslast) für die Einsatzkräfte der Feuerwehr, des Rettungsdienstes, THW, Polizei usw. und Bereitstellung für Flächen für die Feuerwehr ist sicherzustellen.</li> <li>Es ist der Nachweis zu erbringen, ob die Löschwasserversorgung (es sind mindestens 96 m³/h Löschwasser über zwei Stunden vorzuhalten) gemäß Arbeitsblatt 405 „Bereitstellung von Löschwasser durch die öffentliche Trinkwasserversorgung“ auf Grund der „Wege“-Entfernung auch für die geplanten Vorhaben ausreichend gewährleistet ist. Gegebenenfalls sind zusätzlich Hydranten zu setzen.</li> </ul> <p>Weitere detaillierte Aussagen zum Brandschutz werden bei der konkreten Bauantragstellung getroffen.</p> <p><b>Bauamt</b></p> <p><u>SG Hochbau</u> Der o. g. Bebauungsplan enthält die Grundstückfläche auf dem die Realisierung vom Schulcampus in Naumburg angestrebt wird. Hierbei handelt es sich um eine kreiseigene Baumaßnahme. Ansprechpartner für sämtliche Belange hinsichtlich des Neubaus des Schulcampus in Naumburg ist das Bauamt, SG Hochbau, Frau Meusel, Telefon: 03445 / 73 21 23 / E-Mail: meusel.ines@blk.de.</p> <p><u>SG Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement</u> Grundsätzlich wird vom Burgenlandkreis die Variante 2 als Vorzugsvariante angesehen.</p> <p>Nach Prüfung der Unterlagen wurden folgende Punkte festgestellt, die für das Bauprojekt Schulcampus abgeändert werden müssen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Havariezufahrten fehlen,</li> <li>- Immissionsschutzprognose lag den Unterlagen nicht bei, somit kann keine Aussage diesbezüglich getroffen werden,</li> <li>- eine verkehrstechnische Zufahrt Richtung Landratsamt Burgenlandkreis fehlt,</li> <li>- die Abwasserleitung vom AZV Naumburg ist nicht eingezeichnet,</li> <li>- die Länge der vorgesehenen Bushaltestelle ist zu vergrößern und zu konkretisieren,</li> </ul>	<p>15</p> <p>16</p> <p>17</p> <p>18</p> <p>19</p> <p>20</p> <p>21</p> <p>22</p> <p>23</p> <p>24</p>	<p><b>Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg</b> <b>Vorentwurf 11/2019</b></p> <p>Lfd. Nr. der Versandliste <b>15</b></p> <p>Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung) <input type="checkbox"/></p> <p>Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Behördenbeteiligung) <input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Vorschlag für die Beschlussfassung:</p> <p>zu 15) Da seitens des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz und Rettungswesen keine Bedenken gegen die Planung bestehen, ist eine <b>Abwägungsentscheidung nicht erforderlich</b>.</p> <p>zu 16) Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen die Objektplanungen für die Verkehrs- und sonstige Erschließungsanlagen und sind dabei zu beachten. Auf die Planinhalte des Bebauungsplans ergeben sich keine Auswirkungen.</p> <p>zu 17) Die Feststellung wurde zur Kenntnis genommen.</p> <p>zu 18) Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.</p> <p>zu 19) Der Hinweis wurde berücksichtigt. Die Variante 2 wurde in modifizierter Form der Erarbeitung des Bebauungsplanentwurfs zugrunde gelegt.</p> <p>zu 20) Der Hinweis wurde zur Kenntnis genommen. Der Festsetzung von Havariezufahrten bedarf es im Bebauungsplan nicht. Sie sind im Rahmen der konkreten Erschließungsplanung festzulegen.</p> <p>zu 21) Der Hinweis wurde berücksichtigt. Im Rahmen der Erarbeitung des Planentwurfes wurde eine Schallimmissionsprognose erarbeitet. Sie wird mit dem Planentwurf übergeben.</p> <p>zu 22) Das Schulgelände grenzt an die Schönburger Straße. Eine Zufahrt zu dieser öffentlichen Verkehrsfläche bedarf keiner Festsetzung im Bebauungsplan.</p> <p>zu 23) Der Hinweis wurde berücksichtigt. Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Vorentwurfs lagen noch keine Informationen zum Leitungsbestand vor. Die Abwasserleitung wurde auf Grundlage der vom AZV übergebenen Bestandsunterlagen in die Planzeichnung übernommen.</p> <p>zu 24) Der Hinweis wurde berücksichtigt. Die Bushaldebereiche wurden auf Grundlage der vorliegenden detaillierteren Planung vergrößert.</p>
--	---	---

		<b>Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg</b> <b>Vorentwurf 11/2019</b>	
		Lfd. Nr. der Versandliste	<b>15</b>
<p>- das Technische Hilfswerk (THW) ist aus immissionsschutzrechtlichen Gründen zu verlagern.</p> <p>Unter Punkt 8 der Begründung im Abschnitt Nutzung wird von einer benötigten Fläche für den Schulcampus mit Sporthalle von 2,0 bis 2,5 ha ausgegangen. Es ist jedoch zwingend notwendig, dass die Größe von 2,5 ha bzgl. der Fläche für den Gemeinbedarf (Schulcampus) nicht unterschritten wird. Sofern die aktuell vorgesehene Fläche für den Gemeinbedarf 2,5 ha unterschreitet, ist dies entsprechend abzuändern.</p> <p><u>SG Tiefbau</u> Aus den vorliegenden Planunterlagen ist keine Betroffenheit einer unter die Baulast des Burgenlandkreises fallenden Kreisstraße feststellbar.</p> <p><b>Amt für Bildung, Kultur und Sport</b> SG Schulverwaltung/ Schülerbeförderung</p> <p>Die Haltestellenanlage muss dem hohen Bus- und Fahrgastaufkommen (Schülerverkehr und Stadtverkehr) gerecht werden. Mögliche Fahrgastzahlen können frühestens benannt werden, wenn der Schuleinzugsbereich des neuen Schulcampus festgelegt ist. Es wird dennoch davon ausgegangen, dass eine Haltestelle im Bereich Schülercampus nicht ausreichend ist und es sollten Überlegungen bezüglich der daraus resultierenden Verkehrsströme angestellt werden, um Staus bzw. lange Wartezeiten für die Busse zu vermeiden. Die Haltestellen müssten außerdem beidseitig angeordnet sein, um die Linienführung der bestehenden und neuen Buslinien zu gewährleisten. Die Haltestellen „Ostbahnhof“ und „Schönburger Straße“ sollten bei der Planung unbedingt berücksichtigt werden.</p> <p><b>Straßenverkehrsamt</b></p> <p>Der Burgenlandkreis ist als untere Straßenverkehrsbehörde für den Erlass von verkehrsrechtlichen Anordnungen im Bereich der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sowie auf außerorts gelegenen Gemeindestraßen zuständig. Bei innerörtlichen Gemeindestraßen liegt die Zuständigkeit bei der Stadt/Gemeinde als örtliche Straßenverkehrsbehörde. Diesbezüglich ist festzustellen, dass das Bebauungsgebiet innerorts liegt und von angrenzenden Gemeindestraßen (Rosa-Luxemburg-Straße, Grochlitzer Straße), Zuständigkeit Stadt Naumburg, und Landstraßen (Linsenberger, Schönburger Straße), Zuständigkeit untere Straßenverkehrsbehörde Burgenlandkreis, umgeben ist.</p> <p>Vorsorglich wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass bei Berührung des öffentlichen Verkehrsraumes im Zuge der Baumaßnahme mindestens 14 Tage vor Baubeginn ein Antrag auf verkehrsrechtliche Anordnung bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde zu stellen ist.</p>	25		
	26	Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)	<input type="checkbox"/>
	27	Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Behördenbeteiligung)	<input checked="" type="checkbox"/>
	28	<b>Vorschlag für die Beschlussfassung:</b>  zu 25) Der Hinweis wird berücksichtigt. Da inzwischen eine einvernehmliche Entscheidung mit dem THW und der BImA zur Verlagerung des THW-Standortes getroffen wurde, wird der THW –Standort nicht mehr im Bebauungsplan festgeschrieben.  zu 26) Der Hinweis wird berücksichtigt. Die im Bebauungsplan festgesetzte Fläche für Gemeinbedarf wird entsprechend dem Flächenbedarf des Schulcampus festgesetzt.  zu 27) Da die vom SG Tiefbau zu vertretenden Belange nicht berührt sind, ist eine <b>Abwägungsentscheidung nicht erforderlich</b> .  zu 28) Die Hinweise werden berücksichtigt. Da keine Zahlen in Verbindung mit dem Einzugsbereich bzw. von Herkunftsorten für die Zu- und Abfahrt der zukünftigen Schulbesucher vorliegen, kann eine detaillierte Bemessung der notwendigen Bussteige nicht erfolgen. Es sind 5 Bussteige vorgesehen, die sich auf der Schulseite befinden, damit eine Überquerung der Straße vermieden wird.  zu 29) Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Linienführung des Busverkehrs ist nicht Gegenstand der Bauleitplanung.  zu 30) Die Feststellungen wurden zur Kenntnis genommen.  zu 31) Der Hinweis wurde zur Kenntnis genommen. Er betrifft die Bauausführung und ist dabei zu beachten. Auf die Planinhalte des Bebauungsplans ergeben sich keine Auswirkungen.	
	29		
	30		
	31		

<p>Hinsichtlich der baulichen Maßnahme verweise ich auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen (StVO, VwV-StVO, RAL, RAST, RMS, etc.). Sollte im Zuge der Baumaßnahme eine Änderung der Beschilderung vorgesehen sein, ist rechtzeitig ein aussagekräftiger Markierungs- und Beschilderungsplan zu erarbeiten und dem zuständigen Straßenverkehrsamt zur Prüfung und zum Erlass einer verkehrsrechtlichen Anordnung einzureichen.</p> <p>Da die Maßnahmen ggf. zu Einschränkungen der anliegenden Gewerbetreibenden führen, ist es empfehlenswert sich mit Ihnen ins Benehmen zu setzen.</p> <p>Für die Errichtung der geplanten Bushaltestellen ist sich im Vorfeld mit den Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ins Benehmen zu setzen um diese abzustimmen. Des Weiteren ist es aus notwendig sich mit der Deutsche Bahn in Verbindung zu setzen zwecks Koordinierung und Abstimmung für den angedachten Bahnhofpunkt.</p> <p>Hinsichtlich der angesprochenen Straßenverbindung zwischen der Schönburger Straße und der Grochlitzer Straße im Zuge der sog. Osttangente wären weitere Abstimmungen erforderlich. Diesbezüglich steht das Straßenverkehrsamt zur Verfügung.</p> <p><b>Umweltamt</b></p> <p>Da die Stadt Naumburg den Bebauungsplan nach dem beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufstellen möchte, können nur die folgenden Hinweise des Umweltamtes, die nicht abschließend und vollständig sein können, gegeben werden:</p> <p><u>Untere Abfall- und Bodenschutzbehörde</u></p> <p>Im vorliegenden Entwurf wird unter Pkt. 7 die tatsächlich erfolgte, bisherige Nutzung unvollständig wiedergegeben. Die militärische Nutzung des ehemaligen „Ketsch“-Bereiches sowohl durch die deutsche Wehrmacht als auch durch die Rote Armee bis zur Wende wird nicht thematisiert. Es wird auch nicht auf die „Nutzung“ der für die Osttangente vorgesehenen Fläche entlang der Bahnlinie eingegangen, die unmittelbar im Nachwendzeitraum (Abzug der WGT) als „Lagerfläche“ für den zusammengetragenen Abfall aller Art der Kaserne bis zur Entsorgung genutzt wurde, einschließlich eines Gleisanschlusses. In der Folge wird auf die sich aus dieser Nutzung ergebenden bodenschutzrechtlichen Belange, den Stand der aktuellen Altlastenabklärung und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Beplanung und die Umsetzung des Bebauungsplanes im Entwurf nicht eingegangen.</p> <p>Zur Abklärung des Altlastverdachts des „Ketsch-Bereiches“ im Zuge des Flächenverkaufs hat die bisherige Eigentümerin, die BIma, erste Untersuchungen durchführen lassen, die sich ausschließlich auf den Ketsch-Bereich beziehen, nicht auf das Gelände des THW, obwohl sich die „Ketsch“ auch auf dieses Gelände erstreckte.</p>	<div> <div> <b>Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg</b>  <b>Vorentwurf 11/2019</b> </div> <div> Lfd. Nr. der Versandliste <div>15</div> </div> <div> <div> Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  (frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung) </div> <div> <input type="checkbox"/> </div> </div> <div> <div> Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  (frühzeitige Behördenbeteiligung) </div> <div> <input checked="" type="checkbox"/> </div> </div> <div> Vorschlag für die Beschlussfassung: <div> zu 32) Der allgemeine Hinweis auf die geltenden gesetzlichen Vorschriften wurde zur Kenntnis genommen. </div> <div> zu 33) Der Hinweis wurde zur Kenntnis genommen. Er betrifft die Objektplanung für die Verkehrsanlagen und ist dabei zu beachten. Auf die Planinhalte des Bebauungsplans ergeben sich keine Auswirkungen. </div> <div> zu 34) Der Hinweis wurde zur Kenntnis genommen. Er betrifft die Bauausführung und ist dabei zu beachten. Auf die Planinhalte des Bebauungsplans ergeben sich keine Auswirkungen. </div> <div> zu 35) Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Die notwendigen Abstimmungen erfolgen im Rahmen der Erarbeitung des Planentwurfs bzw. der konkreten Straßenplanung. Hinzuweisen ist darauf, dass die Deutsche Bahn AG nicht der Eigentümer der Bahnanlagen ist, sondern die ZossenRail Betriebsgesellschaft mbH. </div> <div> zu 36) Eine Abstimmung wurde am 08.12.2020 durchgeführt. Das Ergebnis ist in den Entwurf des Bebauungsplans einfließen. </div> <div> zu 37) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Aussagen zu den bisherigen Nutzungen wurden unter Pkt. 4.2 in die Begründung zum Entwurf des Bebauungsplans aufgenommen, Aussagen zum aktuellen Stand der Altlastenabklärung unter Pkt. 6.7. </div> <div> zu 38) Der Hinweis wurde berücksichtigt. Die Information wurde unter Pkt. 6.7 in die Begründung aufgenommen. </div> </div> </div>
---	--

<p>Sollte also Variante 2 umgesetzt werden, liegen für diesen Teilbereich (ehemalige Tankstelle) keine aktuellen Untersuchungen vor.</p> <p>Für den Nutzungsbereich „Ketsch“, Flurstück 801, liegen nur orientierende Untersuchungen mit Hauptaugenmerk „Grundwasser“ vor. Die in der Beräumungsphase am Standort verbliebenen hohen punktuellen Bodenbelastungen wurden nicht untersucht bzw. thematisiert.</p> <p><i>Aufgrund der aktuellen Sachlage kann durch die untere Bodenschutzbehörde deshalb nicht zweifelsfrei eingeschätzt werden, ob und in welchem Umfang behebungspflichtige schädliche Bodenveränderungen im Sinne des § 2 Abs. 3 BBodSchG zu besorgen sind.</i></p> <p><i>Es gibt keine aktuellen Bodenuntersuchungen, die zeigen, dass die beim Abzug der WGT festgestellten Schadstoffbelastungen aus „Ketsch“-Zeiten abgebaut wurden.</i></p> <p><i>Eine Bewertung, welcher abfall-bodenschutzrechtlicher Maßnahmenumfang notwendig ist, um die mit dem B-Plan umzusetzende sensible Nachnutzung umzusetzen, kann zum derzeitigen Zeitpunkt nicht abgegeben werden. Eine Kennzeichnung gemäß Baurecht von „Böden, die erheblich belastet sind“ kann ebenfalls nicht erfolgen.</i></p> <p>Es muss darauf hingewiesen werden, dass seit den ersten Untersuchungen im Rahmen des geplanten Verkaufes seitens der BIma keine weiteren Informationen an die untere Bodenschutzbehörde herangetragen wurden.</p> <p>Die Stadt Naumburg sollte planungsseitig außerdem Folgendes nochmals prüfen und ggf. Festsetzungen im Bebauungsplan darstellen:</p> <p>Wegen der Zunahme von Extremwetterlagen, Hitze- und Starkregenereignissen sollte eine ausreichende Ausstattung der Fläche mit einer durchgehenden Klimatisierung durch offene Bodenbereiche (Kohlenstoffspeicher) und damit auch zur Versickerung von Regenwasser konzipiert werden.</p> <p>Laut Planungsentwurf bleibt eine hohe Bodenversiegelung, die nicht als klimatische Kühlfläche wirkt und auch unter Berücksichtigung der sensiblen Nachnutzung als Schule als problematisch betrachtet wird.</p> <p>Da seitens der Stadt Naumburg auf einen Umweltbericht verzichtet werden soll und die Altlastenproblematik so auch nicht abgehandelt wurde, wird im Anschluss dieser Stellungnahme zusammengefasst die aktuelle Altlastverdachtssituation nochmals dargestellt:</p> <p><u>Historische Nutzung/Altlastverdachtssituation:</u> Vorab ist zu unterscheiden in:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Nutzung als „militärischer Standort“ auf den Flurstücken der BIma seit dem 2. Weltkrieg beginnend als Teil des Heeresverpflegungsamts und dann anschließend bis 1992 als Standort des „Stabes der Roten Armee/WGT“ einschließlich geringem Technikbereich bis 1992.</li> </ol>	<p><b>38</b></p> <p><b>39</b></p> <p><b>40</b></p> <p><b>41</b></p> <p><b>42</b></p>	<p><b>Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg</b> <b>Vorentwurf 11/2019</b></p> <p>Lfd. Nr. der Versandliste <b>15</b></p> <p>Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung) <input type="checkbox"/></p> <p>Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Behördenbeteiligung) <input checked="" type="checkbox"/></p> <p>Vorschlag für die Beschlussfassung:</p> <p>zu 39) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Für die Flurstücke 692 und 693 wurde eine orientierende Erkundung (Phase IIa-2, Stand 27.02.2020) durch den Eigentümer durchgeführt, die auch der Bodenschutzbehörde vorliegt. Darin werden keine weiterführenden detaillierten Untersuchungen empfohlen.</p> <p>zu 40) Die Feststellung wurde zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Ausführungen unter Nr. 39 verwiesen</p> <p>zu 41) Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und in die Begründung unter Pkt. 6.4 aufgenommen mit besonderem Verweis auf die Berücksichtigung auf dem Schulgelände. Im Wohngebiet werden ausreichende Freiflächen bei einer Grundflächenzahl von 0,4 verbleiben.</p>
--	--	--



Genutzt wurde ebenfalls der östliche Bereich des Flurstücks 801, einschließlich des Gleisanschlusses, der heute der Agravis gehört.

2. den Hauptteil des Flurstücks 801, der mit allen Hochbauten und einer fast 100%-igen Flächenversiegelung historisch als Getreidewirtschaft betrieben wurde.

zu 1.

Die Ketsch wurde im Zeitraum von 1992-2006 altlastenseitig bearbeitet. Hauptschwerpunkt nach der Flächenberäumung im Rahmen des Abzuges der WGT bildeten die Tankstelle, das Tanklager, Waschrampe sowie der Schrottplatz II.

Nach entsprechendem Rückbau und Untersuchungen von 1996-2001 zeigten sich Belastungen des Bodens mit Mineralölen bis max. 78.000 mg/kg im Tanklager und bis 20.200 mg/kg im Bereich der Waschrampe. Im Bereich des Gleisanschlusses und des Schrottplatzes II wurden außerdem erhöhte Schwermetallbelastungen nachgewiesen. Des Weiteren gab es punktuelle Belastungen im oberen Bodenbereich (Schrottplätze I und III; Werkstatt, Wartungsgruben). Außer dem Boden, der im Zuge des Rückbaues der Tanks, Tankanlageanteile und anderen Bauteilen zwangsläufig mitgeborgten wurde, erfolgte bodenseitig keine Sanierung. Zeittypisch wurden zur Abklärung, ob von diesen Mineralölbelastungen eine Gefährdung des Grundwassers zu besorgen ist, 1998 5 Grundwassermessstellen errichtet. Das Grundwasser steht durchschnittlich bei ~ 3,50 m und tiefer an. Da eine Belastung des Grundwassers mit Mineralöl nachgewiesen wurde, erfolgte bis 2006 im 2- Jahresrhythmus ein Grundwassermonitoring. 2006 wurde keine Belastung mehr im Grundwasser festgestellt. Gemäß den vorliegenden Abnahmeprotokollen wurde geschlussfolgert, dass damit die mobilen Schadstoffanteile im Boden nicht mehr vorhanden waren.

Seit 2006 war die Behörde bei den offiziellen Nutzungsänderungen auf dem Ketsch-Gelände von der Stadt Naumburg nicht einbezogen worden (gilt auch für das THW-Gelände). Damit kann auch nicht eingeschätzt werden, ob es im Zuge dieser Umnutzungen Hinweise auf kontaminierten Bodenaushub gegeben hat.

zu 2.

Auf der Agravis-Fläche stehen eine Reihe von Bauten, die historisch für die Getreidelagerung ausgelegt waren (Speichergebäude, Silos usw.). Zur aktuellen Nutzung liegen keine Kenntnisse vor. Die Fläche ist bis auf den östlichen Randbereich (Gleisanschluss, Schrottplatz II der Ketsch) fast 100%-ig versiegelt. Es kam in der Vergangenheit zu Verpuffungen und Bränden. Ob es über die Versiegelungen hinaus zu Kontaminationen gekommen ist (Werkstattbereich- ggf. Trocknung), ist nicht bekannt.

## Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg

Vorentwurf 11/2019

Lfd. Nr. der Versandliste

15

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 42) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Die Informationen wurden unter Pkt. 6.7 bzw. 4.2 in die Begründung aufgenommen.

42

Erst nach Bewertung der noch einzureichenden Unterlagen ist der abfall-  
bodenschutzrechtliche Handlungsbedarf endgültig einzuschätzen:

- Grundsätzlich wird der bodenschutzrechtliche Handlungsbedarf als eher gering und überschaubar eingeschätzt. In den Einschätzungen des Gutachters (Baugrund Naumburg) wird empfohlen, bei Neubebauung und Eingriffen in den Boden im Bereich Ketsch eine gutachterliche Baubegleitung der Aushubarbeiten zu installieren. Sollten dann behebungspflichtige Belastungen, die nicht mit der geplanten Nachnutzung im Einklang stehen aufgefunden werden, kann während der Baumaßnahme schnell reagiert werden.
- Der Bereich Agravis wird prinzipiell als „normale, langfristig besiedelte und genutzte“ Baufläche eingestuft. Hier muss der Bauherr mit den üblichen Problemen und Fragen wie Abriss aller Bauten über- und unterirdisch, Baugrundeigenschaften, Abbruchentsorgung usw. rechnen. Zu dem hiermit verbundenen Aufwand/ Kosten kann keine Bewertung abgegeben werden.  
Für den östlichen Bereich des Flurstücks 801, der aktuell begrünt ist, wird empfohlen zu prüfen, dies zu belassen und nicht in den Boden einzugreifen. Eine weitere Bodenüberdeckung und Rasensaat sollte den Direktpfad Boden-Mensch ausreichend schützen (Kontaktunterbindung zu evtl. Schwermetallen wegen Kontaktallergien).  
Sollte in den Bereich doch in den Boden eingegriffen werden wollen/müssen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass belastete Böden anfallen, die mindestens abfallrechtlich kostenträchtig wirken können.  
Ob bodenschutzrechtlich auch Sanierungsbedarf gegeben wäre, kann erst nach Vorlage der dann notwendigen Analysen und der Nachnutzungsart eingeschätzt werden.
- Die Flächen sollten auf Kampfmittel baubegleitend untersucht werden, da es am Ende des 2. Weltkrieges zu Bombenabwürfen kam.

#### Untere Immissionsschutzbehörde

Die THW-Fläche ist bei Variante 1 im Vergleich zur Variante 2 nicht nur mit einem Sondergebiet nach Norden, sondern auch nach Westen erweitert in Richtung allgemeines Wohngebiet WA. Diese lila THW-Fläche ist auf der Planzeichnung als Fläche für den Gemeinbedarf ausgewiesen. Schallschutztechnisch ist sie zu bewerten wie ein Gewerbegebiet mit Immissionsrichtwerten nach TA Lärm Nr. 6.1 mit tags 65 dB(A) und nachts 50 dB(A). Das wird auch bestätigt durch den derzeitige aktuellen FNP der Stadt Naumburg, der für diese Fläche ein Gewerbegebiet G festlegte, die unmittelbar ohne Pufferfläche an zwei Wohngebiete W angrenzt, die nun mit dem Bebauungsplan als ein Allgemeines Wohngebiet WA präzisiert werden.  
In Allgemeinen Wohngebieten gelten nach TA Lärm Immissionsrichtwerte von tags 55 dB(A) und nachts 40 dB(A).

42

43

## **Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste **15**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 43) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Das THW wird den Standort verlassen, so dass die vorhandenen Konflikte perspektivisch ausgeräumt werden. Die Fläche wird zukünftig als Mischgebiet ausgewiesen, wodurch die Lärmbelastung angemessen sein wird. Es wurde eine Schallimmissionsprognose durchgeführt. Die Ergebnisse sind in den Entwurf des Bebauungsplans eingeflossen.

Zum Schutz des angrenzenden Wohnhauses Grochlitzer Straße 26 vor dem Verkehrslärm der geplanten Osttangente wurde auf einer Länge von rund 60 m ein 3,50 m hoher Lärmschutzwall festgesetzt.

Für die Wohnhäuser Amsdorfstraße 23, 23A, 25 und 25A wurde als aktive Schallschutzmaßnahme die Errichtung einer 80 m langen und mindestens 3,0 m hohen Lärmschutzwand festgesetzt.

<p>Für die Berücksichtigung des Immissionsschutzes bei der Bauleitplanung bilden die §§ 50 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und 5 Abs. 2, Punkt 6 Baugesetzbuch (BauGB) die Grundlage. Demzufolge hat die Planung und Nutzung von Flächen so zu erfolgen, dass schädliche Umwelteinwirkungen auf die dem Wohnen dienenden Flächen möglichst vermieden werden.</p> <p>Darüber hinaus sind Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Schutzvorkehrungen gegen schädliche Umwelteinwirkungen gemäß BImSchG darzustellen.</p> <p>Hierzu ist in der Regel die Erarbeitung einer Ist-Zustandsanalyse der vorhandenen Immissionsbelastung (Lärm-, Luftschadstoffbelastung) Voraussetzung.</p> <p>Ausgehend von dieser Analyse ist bei der Planung darauf zu achten, dass sich die Planungsschallpegel benachbarter Baugebiete in der Regel um nicht mehr als 5 dB (A) unterscheiden.</p> <p>Das ist hier nicht gegeben und entspricht nicht den allgemeinen Planungsgrundsätzen.</p> <p>Für die Errichtung, die Beschaffenheit und den Betrieb der Sporthalle gelten gemäß § 1 der 18. BImSchV die Vorschriften der Sportanlagenlärmschutzverordnung (18. BImSchV). Die Immissionsrichtwerte im benachbarten allgemeinen Wohngebiet betragen nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 der 18. BImSchV tags außerhalb der Ruhezeiten 55 dB(A), tags innerhalb der Ruhezeiten am Morgen 50 dB(A), im Übrigen 55 dB(A) und nachts 40 dB(A). Das kann wahrscheinlich nur eingehalten werden, wenn nicht schon die Schallimmissions-Vorbelastung des allgemeinen Wohngebietes durch das unmittelbar angrenzende Gebiet für den Gemeingebrauch erhöht ist.</p> <p><u>Untere Naturschutz- u. Forstbehörde</u></p> <p>Das beschleunigte Verfahren gemäß § 13a BauGB befreit nicht von der Verpflichtung zur Einhaltung der Regelungen des Besonderen und Allgemeinen Artenschutzes gemäß § 39 und § 44 BNatSchG.</p> <p>Es ist als textliche Festlegung in die Satzung aufzunehmen, dass Gehölzfällarbeiten nur in der Zeit vom 01.10. bis zum 28.02. eines Jahres zu erfolgen haben. Sollte dieser Zeitraum nicht eingehalten werden können, ist ein artenschutzrechtliches Gutachten bezüglich des tatsächlichen Besatzes der Brut- und Niststätten der zu fällenden Bäume zu erstellen. Dieses ist der Naturschutzbehörde vorzulegen. Sollte ein Besatz festgestellt werden, ist das Fällen der Bäume so lange verboten, bis das Brut- bzw. Fortpflanzungsgeschäft abgeschlossen ist und die Jungtiere die Fortpflanzungsstätte verlassen haben.</p> <p>Eine Aussage über das Vorkommen von besonders oder streng geschützten Tierarten gem. Anhang I, II der FFH-Richtlinie bzw. Anhang I der EU-Vogelschutzrichtlinie kann erst im Rahmen eines Artenschutzgutachtens erfolgen. Dieses liegt nicht vor und wird nachgefordert.</p>	<div> <div> <b>Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg</b>  <b>Vorentwurf 11/2019</b> </div> <div> Lfd. Nr. der Versandliste <div>15</div> </div> <div> <div> <div>Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)</div> <div> <input type="checkbox"/> </div> </div> <div> <div>Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Behördenbeteiligung)</div> <div> <input checked="" type="checkbox"/> </div> </div> </div> <div> Vorschlag für die Beschlussfassung: </div> <div> zu 44) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Die Festsetzung wurde in den Bebauungsplan aufgenommen. </div> <div> 44 <div> zu 45) Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.  Eine artenschutzrechtliche Untersuchung wurde im Zusammenhang mit dem abgebrochenen Gebäudebestand im Hinblick auf Fledermäuse durchgeführt und wurden der UNB übergeben. Es sind am Gebäudebestand keine Fledermausquartiere nachgewiesen worden.  Bei dem Plangebiet handelt es sich um eine vormals vollständig bebaute und zwischenzeitlich zurückgebaute/entsiegelte Fläche, so dass keine Strukturen mehr vorhanden sind, die als Lebensraum für Tiere geeignet sind. Demnach ist auch keine Betroffenheit besonders oder streng geschützter Arten abzuleiten. Es besteht keine Notwendigkeit mehr zur Erstellung eines Artenschutzfachbeitrags. </div> </div> <div> 45 </div> </div>
--	--

Es wird darauf hingewiesen, dass bei der vorbereitenden Planung von Vorhaben das Umweltschadensgesetz und das Artenschutzrecht zu beachten sind.  
In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf die §§ 19 und 39 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i. V. m. dem Umweltschadensgesetz (vom 10. Mai 2007, BGBl. Teil I S. 666) sowie auf die §§ 44 und 45 BNatSchG verwiesen. Artenschutzrechtliche Verstöße sind auszuschließen.

Überschlägig ist, obwohl die Unterlagen zur abschließenden Einschätzung unvollständig sind, seitens der Naturschutzbehörde festzustellen, dass aufgrund der geplanten Vernichtung des bestehenden Gehölzbestandes im Geltungsbereich, insbesondere entlang des Bahnkörpers, naturschutzrechtliche Belange betroffen sind, die über der Erheblichkeitsschwelle i. S. d. BNatSchG liegen.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

  
Kah

46

47

## Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg

Vorentwurf 11/2019

Lfd. Nr. der Versandliste **15**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 46) Der Hinweis wurde berücksichtigt. Umweltschadensgesetz und Artenschutzrecht wurden beachtet.

zu 47) Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Bebauungsplan wird nach § 13 a BauGB aufgestellt, überschreitet jedoch den Schwellenwert von 20.000 m<sup>2</sup> zulässige Grundfläche, so dass die Eingriffsregelung anzuwenden wäre. Der Standort war bislang bebaut und wird einer neuen Nutzung zugeführt. Er wird demnach nach § 6 NatSchG LSA bewertet. Somit ist die Umsetzung des Bebauungsplans nicht als Eingriff zu bewerten. Dieser Sachverhalt wird in die Begründung Pkt. 9.3 übernommen.



Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH • 08205 Halle (Saale)

StadtLandGrün  
Am Kirchtor 10  
06108 Halle

**Standort Markkleeberg**

Ihr Zeichen: St.G.-alf  
Ihre Nachricht: vom 20.12.2019  
Unser Zeichen: VS-O-W-G/Hof  
  
Name: Marlene Hoffmann  
Telefon: 0341/720-7233  
E-Mail: Marlene.Hoffmann@mitnetz-gas.de

Markkleeberg, 21.01.2020

**Naumburg (Saale), "Stadtquartier Schönburger Straße", Bebauungsplan Nr. 62**

Sehr geehrte Frau Friedwald,

Ihre Anfrage ist bei uns eingegangen und wurde unter folgender Nummer registriert.

**Vorgang-Nr.: TG-V76050**

Nach der Durchsicht der von Ihnen eingereichten Unterlagen konnten wir feststellen, dass sich in dem von Ihnen ausgewiesenen Planungsbereich keine Versorgungsanlagen unseres Unternehmens befinden, weshalb wir Ihrer Maßnahme ohne Auflagen uneingeschränkt zustimmen.

Da unser Anlagenbestand ständigen Änderungen und Erweiterungen unterliegt, hat diese Stellungnahme eine Gültigkeit von 2 Jahren ab Ausstellungsdatum.

Die Erkundungspflicht der bauausführenden Firma bleibt von diesem Schreiben unberührt.

Bei Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg**

**Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste **16**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

**Da die Mitnetz Gas der Planung zustimmt, ist eine Abwägungsentscheidung nicht erforderlich.**

8  
EINGEGANGEN AM 10. FEB. 2020

108 / Tr.



NASA GmbH | Am Alten Theater 4 | 39104 Magdeburg

NAHVERKEHRSSERVICE SACHSEN-ANHALT GMBH

StadtLandGrün  
Am Kirchtur 10  
06108 Halle (Saale)

Datum  
07.02.2020

Ihre Nachricht vom  
20.12.2019

Ihr Zeichen

Telefon/Name  
0391 53631 - 17  
Frau Meyer

Unser Zeichen  
mey

**Bauleitplanung der Stadt Naumburg (Saale), Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 62 "Stadtquartier Schönburger Straße"**

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Beteiligung am o. g. Verfahren danken wir Ihnen.

Die Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt (NASA) GmbH plant, bestellt und finanziert im Auftrag des Landes Sachsen-Anhalt den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im Land. Zusätzlich gestaltet die NASA GmbH im Rahmen des Bahn-Bus-Landesnetzes auch landesbedeutsame Busverbindungen.

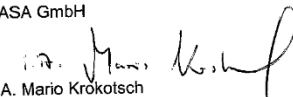
Zur besseren Erschließung des östlichen Naumburger Stadtgebietes wird derzeit die Errichtung neuer Verkehrsstationen entlang der Strecke Naumburg – Teuchern untersucht. Einer der betrachteten Standorte befindet sich am östlichen Rand des Plangebietes.

Zur Verknüpfung zwischen SPNV und Busverkehr wäre die Errichtung eines Kombibahnsteiges denkbar. In diesem Zusammenhang ist der Burgenlandkreis als Aufgabenträger für den Straßenpersonennahverkehr und das betroffene Verkehrsunternehmen (PVG Burgenlandkreis) einzubeziehen.

Sowohl der Neubau der Verkehrsstation als auch die Errichtung von Bushaltestellen ist bei der Planaufstellung berücksichtigt worden. Dementsprechend bestehen seitens der NASA GmbH keine Einwände gegen die vorgelegte Planung.

Mit freundlichen Grüßen

NASA GmbH

  
i. A. Mario Krokotsch

- Abteilungsleiter Infrastruktur und Förderprogramme -

1

2

Nahverkehrsservice  
Sachsen-Anhalt GmbH  
(NASA GmbH)  
Am Alten Theater 4  
39104 Magdeburg  
Telefon: 0391 53631-0  
Telefax: 0391 53631-99  
E-Mail: info@nasa.de  
ÖPNV: Hauptbahnhof  
www.nasa.de

Geschäftsführer:  
Peter Panitz

Vorsitzender des Aufsichtsrates:  
Staatssekretär Dr. Sebastian Putz

Amtssgericht Standes:  
HRB 108942  
USt-IdNr. DE175783014

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg**

**Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste **18**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 1) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Entsprechende Ausführungen wurden unter Pkt. 6.4 in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.

zu 2) Das seitens der NASA keine Einwände gegen die Planung bestehen, ist eine **Abwägungsentscheidung nicht erforderlich.**



## SACHSEN-ANHALT

Polizeiinspektion  
Sachsen-Anhalt Süd

Polizeirevier Burgenlandkreis • Postfach 1451 • 06654 Weißenfels

StadtLandGrün  
Am Kirchtur 10  
06108 Halle

Polizeirevier  
Burgenlandkreis

### Betreff:

**Bauleitungsplan der Stadt Naumburg, BBP der Innenentwicklung  
Nr. 62 "Stadtquartier Schönburger Straße"**

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus den uns derzeit vorliegenden Unterlagen, gibt aus polizeilicher Sicht  
keine Bedenken bzw. Einwände zu dem BBP Nr. 62.  
„Stadtquartier Schönburger Straße“.

Im Auftrag  
Polczyk, PHM

Weißenfels, 16.01.2020

Ihr Zeichen/ Ihre Nachricht  
vom:

Mein Zeichen/ Meine Nachricht  
vom:  
**60.212 PoAn**

(Bei Schriftwechsel bitte stets  
angeben!)

Bearbeitet von:

Tel.: (03443) 282-280  
Fax: (03443) 282-210

andreas.polczyk  
@  
polizei.sachsen-anhalt.de

Dienstgebäude:  
Langendorfer Straße 49  
06667 Weißenfels

Polizeiinspektion  
Halle (Saale)  
Merseburger Straße 6  
06110 Halle (Saale)

Tel.: (03443) 282-0  
Fax: (03443) 282-210

[www.polizei.sachsen-anhalt.de](http://www.polizei.sachsen-anhalt.de)

Landeshauptkasse  
Sachsen-Anhalt  
Deutsche Bundesbank  
Magdeburg  
BLZ 810 000 00  
Konto 810 015 00

## Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg

Vorentwurf 11/2019

Lfd. Nr. der Versandliste **19**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

Da aus polizeilicher Sicht keine Bedenken gegen die Planung bestehen, ist eine  
**Abwägungsentscheidung nicht erforderlich.**

**Regionale Planungsgemeinschaft Halle  
Der Vorsitzende**



Regionale Planungsgemeinschaft Halle  
An der Flädderwegkaserne 21, 06130 Halle (Saale)

StadtLandGrün  
Stadt- und Landschaftsplanung  
Am Kirchtor 10  
06108 Halle (Saale)

**Geschäftsstelle der Regionalen  
Planungsgemeinschaft Halle**

An der Flädderwegkaserne 21

06130 Halle (Saale)

Tel.: 0345/4823-8810  
Fax: 0345/4823-8814  
e-mail: anna.kirsch@planungregion-halle.de  
Internet: www.planungsregion-halle.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
SLG-af  
20.12.2019

Mein Zeichen  
rpgh-  
2020-00023

Bearbeitet von:  
Frau  
Dr. Kirsch

Datum:  
07.02.2020

**Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der  
Stadt Naumburg (Saale)**

Vorentwurf, Stand November 2019

hier: Stellungnahme der Regionalen Planungsgemeinschaft (RPG) Halle

Sehr geehrte Damen und Herren,  
mit Schreiben vom 20.12.2019 übergaben Sie der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle (RPG Halle) die Unterlagen zu o.g. Verfahren mit der Bitte um Abgabe einer Stellungnahme. Dazu teile ich Ihnen Folgendes mit:

**1 Rechtsgrundlagen**

Entsprechend § 2 Abs. 4 i. V. mit § 21 Landesentwicklungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (LEntwG LSA) vom 23. April 2015 (GVBl. LSA 2015 S. 170) nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft (RPG) Halle für ihre Mitglieder (Burgenlandkreis, Saalekreis, Stadt Halle sowie Landkreis Mansfeld-Südharz mit Lutherstadt Eisleben, Stadt Arnstein, Gerbstedt, Hettstedt und Mansfeld, Gemeinde Seegebiet Mansfelder Land und Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra) die Aufgabe der Regionalplanung wahr.

Gemäß Nr. 4.1. RdErl. Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr vom 13.01.2016-44-20002-01 vom 29.02.2016 gibt die RPG Halle als Träger öffentlicher Belange eine Stellungnahme ab. Die Erfordernisse der Raumordnung auf der Ebene der Regionalplanung ergeben sich für die Planungsregion Halle aus dem Regionalen Entwicklungsplan (REP) Halle - beschlossen von der Regionalversammlung (RV) am 27.05.2010 und 26.10.2010, genehmigt durch die oberste Landesplanungsbehörde mit Bescheiden vom 20.07.2010, 04.10.2010 und 18.11.2010, öffentlich bekannt gemacht am 21.12.2010 und den damit in Zusammenhang stehenden Aufstellungs-, Änderungs- und Ergänzungsverfahren.

Mit Beschluss-Nr. III/ 07-2012 der RV der RPG Halle am 27.03.2012 wurde die Anpassung des REP Halle an die Verordnung über den Landesentwicklungsplan 2010 des Landes Sachsen-Anhalt (LEP LSA 2010) vom 11.03.2011 (veröffentlicht im GVBl. LSA Nr. 6/2011) mittels Planänderung beschlossen. Das Planänderungsverfahren wurde mit der Bekanntgabe der allgemeinen Planungsabsicht in den Amtsblättern der Zweckverbandsmitglieder, für den Burgenlandkreis in den Ausgaben der Mitteldeutschen Zeitung und im Amtsblatt des Landesverwaltungsamtes Nr. 5/2012 am 15.05.2012 gemäß § 7 Abs. 1 LPiG LSA eingeleitet.

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg**

**Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste **21**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 1) Die Informationen zu den Rechtsgrundlagen wurden berücksichtigt. Die Ausführungen zum Stand der Fortschreibung des REP Halle unter Pkt. 3.1.2 der Begründung wurden entsprechend aktualisiert.



Die RV hat in der Sitzung am 10.12.2019 mit Beschluss V/51-2019 die im Zuge der öffentlichen Beteiligung zum 2. Entwurf der Planänderung des REP Halle mit Umweltbericht (Stand 30.11.2017) eingegangenen Anregungen und Bedenken abschließend abgewogen. Im Ergebnis der Abwägung werden aufgrund wesentlicher Änderungen folgende raumordnerischen Erfordernisse durch die Geschäftsstelle fachlich erneut bearbeitet und eine Teiloffenlage bzw. öffentliche Beteiligung vorbereitet und durchgeführt:

- 5.3.6. Vorranggebiete für Rohstoffgewinnung (einschließlich kartografischer Darstellung in Zeichnung 1 sowie Begründung)
- 5.8.2. VRG Wind Profen (einschließlich kartografischer Darstellung in Zeichnung 1 sowie Begründung)
- Karte 4 Untertägige Rohstoffgewinnung sowie
- Karte 5 Überregionale und regionale Entwicklungsachsen.

Gemäß Beschluss-Nr. III/04-2014 der RV der RPG Halle erfolgt die Fortschreibung der Ziele und Grundsätze der Raumordnung des REP Halle entsprechend Kapitel 2: Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Siedlungsstruktur des LEP LSA 2010 im Sachlichen Teilplan „Zentrale Orte, Sicherung und Entwicklung der Daseinsvorsorge sowie großflächiger Einzelhandel“ für die Planungsregion Halle. Das Planverfahren wurde mit der Bekanntgabe der allgemeinen Planungsabsicht in den Amtsblättern der Zweckverbandsmitglieder, für den Burgenlandkreis in den Ausgaben der Mitteldeutschen Zeitung und im Amtsblatt des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt Nr. 6/2014 am 17.06.2014 gemäß § 7 Abs. 1 Landesplanungsgesetz Sachsen-Anhalt (in Kraft bis 01.07.2015) eingeleitet. Die RV der RPG Halle hat am 25.06.2019 mit Beschluss IV/16-2019 den Sachlichen Teilplan beschlossen. Der Sachliche Teilplan wurde am 12.12.2019 durch die oberste Landesentwicklungsbehörde genehmigt. Derzeit wird die öffentliche Bekanntmachung der Genehmigung zur Inkraftsetzung des Plans vorbereitet.

Mit dem o. g. Entwurf zur Planänderung des REP Halle und dem Sachlichen Teilplans liegen in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung als sonstige Erfordernisse der Raumordnung gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 4 ROG (Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 15 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) geändert worden ist) vor.

Gemäß § 1 Absatz 4 BauGB (in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) geändert worden ist, sind Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung sind nach § 1 Absatz 7 BauGB zu berücksichtigen.

## II Ausführungen zu o.g. Vorhaben

Ziel der Planungen ist die Revitalisierung einer Gewerbebrache. Hiermit soll die planungsrechtliche Voraussetzung zur Entwicklung einer Gemeinbedarfsfläche mit den Zweckbestimmungen Schule - einschließlich sportlichen Zwecken dienender Gebäude und Anlagen - sowie eines allgemeinen Wohngebietes auf einer Fläche von ca. 6,75 ha geschaffen werden.

Auf die regionalplanerischen Belange wird unter Punkt 6.1.2 des Begründungsteiles eingegangen.

Im System der Zentralen Orte wird der Stadt Naumburg die Funktion eines Mittelzentrums zugewiesen. Entsprechend Z 37 LEP LSA 2010 erfolgt die räumliche Abgrenzung der Zentralen Orte im Einvernehmen mit den Städten durch die Regionalplanung. Für die Planungsregion Halle erfolgt die Umsetzung dieses Zieles mit Vorlage des Sachlichen Teilplans „Zentrale Orte, Sicherung und Entwicklung der Daseinsvorsorge sowie großflächiger Einzelhandel“.

## **Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste **21**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 2) Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen. Entsprechende Ausführungen werden unter Pkt. 3.1.1 und 3.1.2 der Begründung zum Entwurf des Bebauungsplans getroffen.

Das o.g. Plangebiet befindet sich innerhalb der Abgrenzung des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles als zentrales Siedlungsgebiet der Stadt einschließlich seiner Erweiterungen im Rahmen einer städtebaulich geordneten Entwicklung.

2

Vor diesem Hintergrund werden aus regionalplanerischer Sicht gegen den Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 62 der Stadt Naumburg keine Bedenken erhoben. Erhebliche negative Einflüsse auf die Verwirklichung der mit dem REP Halle verfolgten planerischen Ziele sind nicht zu erkennen.

3

### III Sonstige Hinweise

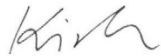
Die Feststellung der Raumbedeutsamkeit der Planungen und Maßnahmen sowie auch die landesplanerische Abstimmung erfolgt durch die oberste Landesentwicklungsbehörde (RdErl. MLV vom 13.01.2016-44-20002-01 vom 29.02.2016 in Verbindung mit § 13 LEntwG vom 23.04.2015 (GVBl. LSA 2015 S. 170). Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 6 ROG gilt jedoch unabhängig von der Feststellung der Raumbedeutsamkeit das Anpassungsgebot des § 1 Abs. 4 BauGB für alle Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (Urteil des BVerwG vom 30.01.2003 - 4 CN14.01).

4

Der Regionale Entwicklungsplan Halle, der Sachliche Teilplan sowie der Entwurf zur Änderung des REP Halle sind unter der Homepage der RPG Halle <<http://www.planungsregion-halle.de>> eingestellt. Darüber hinaus wird auch auf die Möglichkeit der Nutzung des Regionalen Informationssystems, ebenfalls unter vorgenannter Internetadresse abrufbar, hingewiesen.

5

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag



Dr. A. Kirsch  
Geschäftsstellenleiterin

## Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg

Vorentwurf 11/2019

Lfd. Nr. der Versandliste

21

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 3) Da aus regionalplanerischer Sicht keine Bedenken gegen die Planung bestehen, ist eine **Abwägungsentscheidung nicht erforderlich**.

zu 4) Der Hinweis wurde zur Kenntnis genommen. Das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr wurde ebenfalls um Abgabe einer Stellungnahme gebeten.

zu 5) Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen.

22

EINGEGANGEN AM 10. FEB. 2020

105174



Servicegesellschaft Sachsen-Anhalt Süd mbH, Söding 120, 06667 Weißenfels

Stadt Land Grün  
z.Hd. Frau Friedewald  
Am Kirchtor 10  
06108 Halle



Ihr Ansprechpartner  
Annett Berger  
Abteilung: Engineering/GIS  
Telefon (0 34 43) 28 73-528  
Telefax (0 34 43) 28 73-195  
Annett.Berger@sg-sas.de  
LR-Nr. 0011819  
29. Januar 2020

#### Stellungnahme zum B-Plan 62 „Stadtquartier Schönburger Str.“

Sehr geehrte Frau Friedewald,

wir bearbeiten Ihre Anfrage im Auftrag der Technischen Werke Naumburg zu dem oben genannten Vorhaben und teilen Ihnen mit, dass gegen die Planung keine grundlegenden Einwände bestehen. Zu beachten sind jedoch die allgemeinen Regeln der Technik und die Schutzmaßnahmen für Versorgungsleitungen in beiliegenden Hinweisblatt.

Durch die Maßnahmen sind Anlagen bzw. Leitungen der

- ☒ Gasversorgung
- ☒ Stromversorgung
- ☐ Fernwärmeversorgung
- ☒ Fernmeldeanlagen
- ☒ Wasser betroffen.

Sie erhalten die aktuellen Bestandspläne für Ihre Planungszwecke. Die übergebenen Lagepläne enthalten nur eigene Versorgungsleitungen. Bitte fragen Sie auch alle anderen Versorgungsträger an.

Sie erhalten die aktuellen Bestandspläne für Ihre Planungszwecke. Zu beachten sind die Planungsbestimmungen der Servicegesellschaft Sachsen-Anhalt Süd mbH. Bei Bedarf an digitalen Unterlagen im amtlichen Lagestatus (dwg/dxf) senden Sie uns Ihre Anfrage an die Mailadresse (planauskunft@sg-sas.de) mit Angabe der LR-Nr.

- ☒ Eine Überbauung unserer Anlagen ist nicht gestattet. Bei Parallelverlegung bzw. Kreuzung sind Mindestabstände einzuhalten (siehe Merkblatt).
- ☒ Vor Beginn der Arbeiten ist ein Ortstermin zu vereinbaren.  
Netzmeister Wasser: Tel. Herr Eichhorn 03443/2873-421  
Netzmeister Strom: Tel. Herr Knöfel 03443/2873-412  
Netzmeister Gas: Tel. Herr Ufer 03443/2873-422  
Netzmeister Fernmelde: Tel. Herr Witter 03443/2873-438

#### Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg Vorentwurf 11/2019

Lfd. Nr. der Versandliste **22**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

1

zu 1) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Der für die Planung relevante Leitungsbestand wurde in die Planzeichnung des Bebauungsplans übernommen. Alle möglicherweise betroffenen Versorgungsträger wurden ebenfalls um Abgabe einer Stellungnahme gebeten.

2

zu 2) Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen die Objektplanungen für Hochbauten und Erschließungsanlagen bzw. die Bauausführung und sind dabei zu beachten. Auf die Planinhalte des Bebauungsplans ergeben sich keine Auswirkungen.

☒ **Achtung:**  
Gas/Wasser: Das Gebiet kann mit Erdgas/Trinkwasser versorgt werden.  
Strom: Der Neubau einer Station ist erforderlich.

☒ Auf das Vorhandensein von außer Betrieb befindlichen Leitungen, die nicht im Lageplan eingetragen sind wird hingewiesen. Diese sind wie „in Betrieb“ befindliche Leitungen zu betrachten. Da nicht auszuschließen ist, dass nach dem Verlegen Geländeregulierungen erfolgten, sind der genaue Verlauf sowie Tiefe der Leitungen im Ausbaubereich mittels Suchschachtung festzustellen. Auf Grundlage der vorgefundenen Ergebnisse wird dann entschieden, ob eine Umverlegung oder Tieferlegung erforderlich ist.

☒ Sind Leitungen umzuverlegen oder Anschlüsse zurückzubauen, so ist bei uns ein schriftlicher Antrag zu stellen. Die Kosten trägt der Antragsteller.

Rechtzeitig vor Baubeginn sind durch die bauausführende Firma Auskünfte über unterirdisch verlegte Leitungen für alle Bereiche einzuholen.

Bei Rückfragen können Sie mich gern anrufen.

Mit freundlichen Grüßen

Servicegesellschaft  
Sachsen-Anhalt Süd mbH

  
Dennis Hahmich  
Leiter Engineering

Anlage: Lageplan, Merkblatt

3

4

## Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg

Vorentwurf 11/2019

Lfd. Nr. der Versandliste **22**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 3) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Entsprechende Aussagen wurden unter Pkt. 6.5 in die Begründung aufgenommen.

zu 4) Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen die Objektplanungen für Hochbauten und Erschließungsanlagen bzw. die Bauausführung und sind dabei zu beachten. Auf die Planinhalte des Bebauungsplans ergeben sich keine Auswirkungen.

# Gemeinde Großheringen

Freistaat Thüringen

- Der Bürgermeister -

EINGEGANGEN AM 20. JAN. 2020

45178



StadtLandGrün  
Stadt- und Landschaftsplanung  
Am Kirchtor 10  
06108 Halle

14.01.2020

Bauleitplanung der Stadt Naumburg (Saale)  
Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“  
Ihr Schreiben vom 20.12.2019  
Ihre Zeichen SLG-af

Sehr geehrte Damen und Herren,

vom oben genannten Bebauungsplan sind die Belange der Gemeinde Großheringen nicht betroffen.

Wir gehen davon aus, dass die Gemeinde Großheringen nicht durch Lärm-, Staub- oder Geruchsemissionen z.B. durch erhöhten Kraftfahrzeugverkehr beeinträchtigt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Baumbach  
Bürgermeister  
Gemeinde Großheringen



## Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg

Vorentwurf 11/2019

Lfd. Nr. der Versandliste

26

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 1) Da festgestellt wird, dass die Belange der Gemeinde Großheringen durch die Planung nicht berührt sind, ist eine Abwägungsentscheidung

zu 2) Der Hinweis wurde zur Kenntnis genommen. Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass die Umsetzung der Planung nicht mit erhöhten Lärm-, Staub- oder Geruchsbelastungen für die Gemeinde Großheringen verbunden ist.

1

2

**Astrid Friedewald**

**Von:** Ursula Altenburg <altenburg@vgem-finne.de>  
**Gesendet:** Mittwoch, 8. Januar 2020 10:41  
**An:** astrid.friedewald@slg-stadtplanung.de  
**Betreff:** B-Plan Innenentwicklung Nr. 62 "Stadtquartier Schönburger Straße"

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf diesem Wege teilen wir Ihnen mit, dass die Nachbargemeinde der Stadt Naumburg Lanitz-Hassel-Tal (Verbandsgemeinde An der Finne) keine Einwände oder Änderungswünsche zum Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ vorzubringen hat.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Altenburg  
Sachgebiet Regionalentwicklung und  
Projektcontrolling

Verbandsgemeinde An der Finne  
Bahnhofstraße 2a  
06647 Bad Bibra

Telefon : 034465/60262  
Fax: 034465/60214  
Mail: altenburg@vgem-finne.de

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg**  
**Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste **28**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

Da seitens der Gemeinde Lanitz-Hassel-Tal keine Einwände gegen den Bebauungsplan bestehen, ist eine Abwägungsentscheidung nicht erforderlich.

Einwand gegen den Bebauungsplan Stadtquartier Schönburger Straße

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Amtsblatt der Stadt Naumburg wurde auf die geplanten Veränderungen auf dem Gelände des ehemaligen Heeresverpflegungsamtes hingewiesen. Ich habe mir die Pläne im Internet angesehen und möchte zunächst sagen, dass es mich als unmittelbaren Nachbar des Grundstückes sehr freut, dass die alten Gebäude abgerissen wurden. Wenn in meiner unmittelbaren Nachbarschaft neue Wohnhäuser gebaut werden finde ich das sehr gut. Es zieht dann endlich nach vielen Jahren der Unruhe durch den LKW- Verkehr auf dem Grundstück Ruhe ein. Der Variante 2 kann ich deshalb nur zustimmen.

Zu der Variante 1 möchte ich aber meine Bedenken äußern zu der beabsichtigten Erweiterung des Technischen Hilfswerkes und seines grundsätzlichen Verbleibs an der Stelle wo es sich jetzt befindet. Ich wohne schon ein halbes Leben lang in der Grochlitzer Straße \*\*\*. Unser Haus steht nicht weit weg von dem THW – Gebäude. Die Lärmbelästigung ist für mich und auch andere Bewohner des Hauses unerträglich. Es werden LKW's stundenlang im Leerlauf betrieben, Notstromaggregate tuckern stundenlang vor sich hin und zu allen Überflüssen werden auch Kettensägen angeworfen. Dann fahren große LKW's auf dem Gelände hin und her, rangieren und verursachen unerträglichen Lärm. Das alles passiert am Wochenende oder an den Wochentagen auch nachmittags. In dieser Zeit möchte ich mich erholen und brauche auch die dazu erforderliche Ruhe. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Lärmbelästigungen die durch das THW verursacht werden im Einklang mit den zulässigen Lärmpegeln die in einem Wohngebiet sind, im Einklang zu bringen sind. Der Nachweis, dass so etwas zulässig ist sollte unbedingt im weiteren Verfahren des Bebauungsplanes durch entsprechende Lärmgutachten erbracht werden.

Wir sind auf jeden Fall gegen eine Erweiterung des Lärmverursachers THW und wollen auch, dass das THW grundsätzlich seinen Standort verlagert.

1

2

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg**

**Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste

**B1**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 1) Da die Bürger die Planung befürworten, ist eine **Abwägungsentscheidung nicht erforderlich**.

zu 2) Das THW wird den Standort verlassen. Die Flächen werden als Mischgebiet ausgewiesen, so dass der Konflikt perspektivisch ausgeräumt ist.

Stadt Naumburg  
Markt 1  
06618 Naumburg

Naumburg, den 04.02.2020

**Stellungnahme zum Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 62  
„Stadtquartier Schönburger Straße“  
Einwendungen bei der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 Bau  
GB)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Naumburg hat im Amtsblatt der Stadt Naumburg (Saale) am 10.01.2020 den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ und die Öffentlichkeitsbeteiligung amtlich bekannt gemacht und der Öffentlichkeit somit Gelegenheit gegeben, sich während der Auslegung zur Planung zu äußern.

Ich bin Eigentümerin des Mehrfamilienhauses Grochlitzer Straße 26 mit acht Wohnungen (Flur 3, Flurstück 655/4, Gemarkung Naumburg) und möchte hiermit anzeigen, dass die Planung erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen auf meinen Wohnbestand haben wird.

Die Planung beinhaltet den Neubau einer Erschließungsstraße für eine Schule mit einer Sportstätte. Aus dem Begründungstext und dem Entwurfsplan sind keine Festlegungen zur Lage der Mehrfeldsporthalle, der PKW-Stellplätze sowie der Zu- und Abfahrten ersichtlich. Außerdem soll die Erschließungsstraße zur Entlastung des innerörtlichen Verkehrs dienen und als sogenannte Osttangente eine überörtliche Erschließungsfunktion übernehmen. Durch die Erschließungsstraße wird eine direkte Verbindung von der Bundesstraße B 87 bis zur Landesstraße L205/L207 geschaffen. Dadurch ist ein erhöhtes Verkehrsaufkommen zu erwarten. Zum Schutz der gesunden Wohnverhältnisse fordere ich daher beim Neubau der öffentlichen Straße „Osttangente“ Lärmschutzmaßnahmen gemäß § 2 Abs. 1 Nr.4 BImSchG zu berücksichtigen, um sicherzustellen, dass keine schädlichen Umwelteinwirkungen durch Verkehrsgläusche hervorgerufen werden können, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind. Aus der Begründung geht zum Punkt Immissionsschutz (Seite 10) hervor, dass lediglich eine Einschätzung für zu erwartende Geräuschimmissionen in Bezug auf die Sportanlagenlärmverordnung (18. BImSchG) erfolgt ist. Dabei fehlt die Einschätzung der mit der Sporthalle verbundenen Geräuschemission für Parkplatz einschließlich Zu- und Abfahrten. Eine Einschätzung auf der Grundlage der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchG)

1

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg  
Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste

**B2**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 1) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Es wurde eine Schallimmissionsprognose durchgeführt, die die in der Stellungnahme genannten Aspekte berücksichtigt. Die Ergebnisse sind in den Entwurf des Bebauungsplans eingeflossen.

Zum Schutz des angrenzenden Wohnhauses Grochlitzer Straße 26 vor dem Verkehrslärm der geplanten Osttangente wurde ein 3,50 m hoher Lärmschutzwall festgesetzt.



fehlt vollständig. Wie in der Begründung auf Seite 6 bereits erwähnt, ist im Flächennutzungsplan die Bestandswohnbauung in der Grochlitzer Straße als Wohnbaufläche mit Aufwertungsmaßnahmen an Gebäuden und/oder im Wohnumfeld dargestellt. Durch die Straßenverbindung und der prognostizierbaren Belegungsstärke sind negativ zu erwartende Immissionsbelastungen zu erwarten, die eine Überschreitung der in der DIN 18005-Schallschutz im Städtebau genannten Orientierungswerte für Allgemeine Wohngebiete von 55/40 dB (A) = Tag/Nacht zur Folge hätten.

Zum Verfahren (Seite 8 des Begründungstextes):

Bei dem Bebauungsplan soll ein beschleunigtes Verfahren zur Anwendung kommen. Dies setzt gemäß § 13 a Abs. 1 S. 2 Nr. 2 BauGB eine vorherige, d.h. am Beginn des Aufstellungsverfahrens stehende Durchführung einer „Vorprüfung des Einzelfalls“ voraus, nach deren Ergebnis unter Berücksichtigung der in Anlage 2 des BauGB genannten Kriterien die Einschätzung erlangt wird, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen infolge des Plans zu erwarten sein dürfen. Eine vergleichbare Vorprüfung fordert § 7 UVPG für verwaltungsbehördliche Verfahren, in denen über die Zulässigkeit eines in der Anlage 1 zu diesem Gesetz mit dem Buchstaben „A“ oder „S“ gekennzeichneten Vorhabens entschieden wird. Nach § 1 Abs. 1 i.V.m. Anlage zu § 1 Abs. 1 S. 1, Nr. 3.6 UVPG LSA liegt beim Bau einer „sonstigen Straße“ ein „S“-Fall vor. Nach § 2 UVPG LSA findet § 7 UVPG entsprechende Anwendung. Gemäß § 7 Abs. 2 UVPG sind bei Neuvorhaben standortbezogene Vorprüfungen zur Festlegung der UVP-Pflicht durchzuführen. Somit handelt es sich bei dem Neubau einer sonstigen Straße gemäß § 1 Abs. 1 S. 1 i.V.m. Anlage zu § 1 Abs. 1 S. 1, Nr. 3.6 UVPG LSA um ein Vorhaben, das nach Landesrecht der Vorprüfung unterliegt.

Allerdings ist das beschleunigte Verfahren nach § 13a Abs. 1 S. 4 BauGB ausgeschlossen, wenn durch den Bebauungsplan die Zulässigkeit von Vorhaben begründet wird, die eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Landesrecht unterliegen.

In der Begründung zum Entwurf ist nicht zu entnehmen, dass eine solche Vorprüfung im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung stattgefunden hat.

Der Bebauungsplan enthält Festsetzungen zum Neubau der Osttangente zu einer zweispurigen Haupterschließungsstraße mit dem Ziel, eine Bündelung des Verkehrs auf dieser Straße zu bewirken zur Entlastung der parallel verlaufenden Rosa-Luxemburg-Straße und Graf-Stauffenberg-Straße im Ortszentrum. In der Begründung fehlt ein Lärmschutzgutachten über Art und Ausmaß der zu erwartenden zusätzlichen Immissionen, obwohl gemäß Lärmkartierung in der Stadt Naumburg (Bericht-Nr.: 12.6604/1 vom 14.02.2013 zur Umsetzung der EG-Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm) bekannt ist, dass die Schallemissionspegel an der B 87 Weißenfelder Straße Knoten C.-W.-Gehring-Straße und an der L 205 OS Naumburg Nord erheblich über den Grenzwerten in

1

2

3

# **Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg** **Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste

**B2**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



## Vorschlag für die Beschlussfassung:

zu 2) Der Hinweis wurde berücksichtigt. Die Vorprüfung des Einzelfalls ist erfolgt. Das Ergebnis wurde dokumentiert (vgl. Anlage 1 zum Entwurf des Bebauungsplans). Es wurde festgestellt, dass die Umsetzung der Planung nicht zu erheblichen Umweltauswirkungen führt.

Ebenso wurde der Hinweis auf die standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls für die neu zu errichtende Straße berücksichtigt. Das Ergebnis ist in Anlage 2 zum Entwurf des Bebauungsplans dokumentiert. Es wurde festgestellt, dass die Umsetzung der Planung nicht zu erheblichen Umweltauswirkungen führt.

zu 3) Die Hinweise wurden berücksichtigt. Es wurde eine Schallimmissionsprognose durchgeführt, die auch die geplante Straße und die zu erwartenden Verkehrsbelegung berücksichtigt. Die Ergebnisse sind in den Entwurf des Bebauungsplans eingeflossen. Der zu erwartende Verkehr wird zu Lärmbelastungen führen. Das Lärmgutachten vom 23.03.2020 ermittelt eine Überschreitung der Richtwerte am Wohngebäude Grochlitzer Straße 26.

Zur Minderung ist daher im Entwurf des Bebauungsplans ein 3,50 m hoher Lärmschutzwall zum Schutz des angrenzenden Wohnhauses festgesetzt worden. Damit ist gewährleistet, dass mit der geplanten Osttangente keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen verbunden sind.

Die mit der Sporthalle verbundenen Geräuschemissionen umfassen vorrangig:

- a) die Geräuschabstrahlung aus dem Innern der Turnhalle über die Außenbauteile der Sporthalle,
- b) Lüftungstechnische Anlagen sowie
- c) den Parkplatz einschließlich Zu- und Abfahrten.

Wohngebieten liegen und die Verkehrsbelegungsdaten ein erhöhtes Verkehrsaufkommen insbesondere LKW-Anteil auf der Osttangente erwarten lassen. Durch den Bau einer Osttangente und der Genehmigung einer Sporthalle sowie in diesem Zusammenhang zu billigende Zu- und Abfahrtsstraßen wird sich das Verkehrsaufkommen enorm erhöhen. Insbesondere ist mit einer Zunahme des bis dahin nicht existierenden Fernverkehrsaufkommens zu rechnen. Dadurch besteht die Gefahr, dass mit an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit das Lärm- und Emissionsaufkommen erheblich steigen wird. Werden die oben genannten Immissionsgrenzwerte durch eine Erhöhung des Verkehrsaufkommens überschritten, so wirkt sich dies in besonderem Maße gesundheitsschädigend für Anwohner aus. Dies stellt für den Bebauungsplan ein relevantes gesundheitsbezogenes Problem dar und außerdem eine beachtliche gesundheitsbezogene Erwägung, die im Rahmen der Bedeutung des Bebauungsplans zu würdigen ist. Aus diesem Grund ist gemäß § 13 a Abs. 1 S. 2 Nr. 2 BauGB i.V.m. Anlage 2 BauGB nach Ziffer 1.3 und 1.4 damit zu rechnen, dass der Bebauungsplan erhebliche Umweltauswirkungen zur Folge hat.

Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 61/3 „Ehemalige Getreidewirtschaft“ umfasste die Bestandswohnbebauung in der Schönburger Straße, Rosa-Luxemburg-Straße und Grochlitzer Straße und grenzte räumlich unmittelbar an den rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 60 „Vogelwiese“ an. Damit wäre das beschleunigte Verfahren gemäß § 13 a Abs. 1 BauGB ausgeschlossen. Mit der Aufhebung des Bebauungsplanverfahrens Nr. 61.3 „Ehemalige Getreidewirtschaft“ und dem Aufstellungsbeschluss Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ wird die tangierende, vorhandene Wohnbebauung in der Grochlitzer Straße und Rosa-Luxemburg-Straße aus dem Bebauungsplanverfahren ausgegrenzt. Umweltbezogene bzw. gesundheitsbezogene Auswirkungen für die Anwohner des Mehrfamilienhauses Grochlitzer Straße 26 sind bei der Planung zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Gabriele Democh

3

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg**  
**Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste

**B2**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



4

Vorschlag für die Beschlussfassung:

noch zu 3) Während der Schulsport dabei voraussichtlich von untergeordneter Bedeutung ist, bedürfen der Vereinssport (teilweise Pkw-Fahrten nach 22:00 Uhr im Nachtzeitraum) sowie Sportveranstaltungen an Sonn- und Feiertagen einer näheren Betrachtung im Rahmen des Planverfahrens.

Der Gutachter geht davon aus, dass die Punkte a) und b) durch bautechnische Maßnahmen (ausreichende Schalldämmung der Außenbauteile) und schalltechnische Dimensionierungen der Lüftungsaggregate (Schalldämpfer) planerisch zu lösen sind.

Er stellt außerdem fest, dass die Lage der Sporthalle im südlichen Teil des Schulstandortes mit der Längsachse in Nord-Süd-Richtung optimal ist, da der Abstand zur nächsten Wohnbebauung mit ca. 60 m wesentlich größer ist als bei einer Anordnung auf der Nordseite (nur ca. 25 m Abstand).

Aus Gründen des Schallimmissionsschutzes empfiehlt er eine Andienung des Parkplatzes der Sporthalle aus östlicher Richtung.

Um Konflikte zu vermeiden, wurde außerdem empfohlen, für den Vereinssport sowie Sportveranstaltungen an Sonn- und Feiertagen vorhandene öffentliche Parkplätze mit ausreichendem Abstand zu nutzen (z. B. Kreisverwaltung).

zu 4) Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Da die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 60 in keinem sachlichen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhang (Rechtskraft 1999) steht, wäre das Verfahren nach § 13a auch möglich, wenn die Geltungsbereiche beider Bebauungspläne nach wie vor aneinandergrenzen würden.

Die Bestandsbebauung in der Grochlitzer und in der Rosa-Luxemburg-Straße wurde nicht in den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans einbezogen, weil kein Planungsbedarf besteht.

Unabhängig davon sind die in der Umgebung des Plangebietes vorhandenen schutzbedürftigen Nutzungen im Schallgutachten bei der Festlegung der Immissionsorte zu beachten. Dazu gehört auch das Wohnhaus Grochlitzer Straße 26.

**Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB  
Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 62  
„Stadtquartier Schönburger Straße“**

**NIEDERSCHRIFT:**

Es wird auf möglicherweise notwendige Lärmschutzmaßnahmen durch den Straßenneubau und den damit verbundenen neuen Verkehrslärm hingewiesen,

Es wird befürchtet, dass der Verkehrslärm die Nachtruhe der Bewohner an der Badstraße und der Amsdorfstraße beeinträchtigen könnte, da diese ihre Schlafräume zur bisher ruhigen Seite ausgerichtet haben

Aufgenommen am 20.01.2020 von M. Benzko, SG 61, SV Nmb.

**Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg  
Vorentwurf 11/2019**

Lfd. Nr. der Versandliste

**B3**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



**Vorschlag für die Beschlussfassung:**

Die Hinweise wurden berücksichtigt. Es wurde eine Schallimmissionsprognose durchgeführt, die auch die geplante Straße und die zu erwartenden Verkehrsbelegung berücksichtigt. Die Ergebnisse sind in den Entwurf des Bebauungsplans eingeflossen. Der Neubau der Osttangente führt am Wohnhaus Grochlitzer Straße 26 an der Ostfassade und an den Westfassaden der Wohnhäuser Amsdorfstraße 23, 23A, 25 und 25A zu Überschreitungen des Immissionsgrenzwertes der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV). Es sind daher aktive oder passive Schallschutzmaßnahmen für diese Häuser vorzusehen.

Für die Badstraße wurden vom Gutachter keine Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte ermittelt.



Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB  
Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 62  
„Stadtquartier Schönburger Straße“

Name: Christian Boxberger

Anschrift: Amsdorfstr. 13, 06618 Naumburg

NIEDERSCHRIFT:

Stellplätze - überschlägig sind 315 Stellpl. erforderlich, wird  
es festgestellt, dass die Flächen auf dem Grundstück  
zur Verfügr. stehen? Bedenken hinsichtlich  
der Ausweisung (u.a.)

Verkehrsregelung - Verkehrsberuhigung am Ende des Marktes  
der Umgehungsstraße (Prüfung der Ausweisung  
von Verkehrsregeln)

Pflanzung - die im Plan ausgewiesene Fläche  
ist viel zu klein. Vorschlag: Pflanzung  
entlang Umgehungsstraße. Flächen für  
das Grüngebiet

Schulweg - Sicherung des Übergangs zum Grün  
über die Straße

Einhaltung des BImSchG! Außenpostflächen auf für  
Wohngebiete geeignet? Keine Umwandlung!

Kristin & Stefan Seume Amsdorfstr. 14  
Olaf & Petra Zanke Amsdorfstr. 15  
Ulrich & Barbara Kersch Amsdorfstr. 13  
Mag. Friedel Amsdorfstr. 17

S. Seume  
O. Seume

Bebauungsplan Nr. 62 „Stadtquartier Schönburger Straße“ der Stadt Naumburg  
Vorentwurf 11/2019

Lfd. Nr. der Versandliste

**B4**

Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)



Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
(frühzeitige Behördenbeteiligung)



Vorschlag für die Beschlussfassung:

1

2

3

4

5

zu 1) Da der Bebauungsplan keine konkreten Bauvorhaben festsetzt, kann eine Ermittlung des Stellplatzbedarfes maximal überschlägig erfolgen. Zur Unterbringung von Stellplätzen kommen verschiedene Möglichkeiten in Frage, wie z. B. ebenerdige Stellplätze, ober- oder unterirdische Parkdecks oder Parkhäuser. Wie die Stellplatzfrage im Zuge der Errichtung des Schulcampus gelöst wird, bleibt dem nachfolgenden Baugenehmigungsverfahren überlassen.

zu 2) Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Da die Amsdorfstraße nicht im Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt und hierfür auch kein Planungsbedarf vorliegt, können im Zuge des Bebauungsplanverfahrens hierzu auch keine Aussagen getroffen werden.

zu 3) Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Entlang der Erschließungsstraße in Nord-Süd-Richtung werden straßenparallele Baumpflanzungen festgesetzt. Im Wohngebiet sind je Baugrundstück zwei Bäume zu pflanzen. Die überbaubaren Grundstücksflächen im Bereich des geplanten Wohngebietes wurden durch Verkleinerung der Baufenster reduziert.

zu 4) Der Hinweis wurde zur Kenntnis genommen. Diesbezügliche Regelungen können im Bebauungsplan nicht getroffen werden. Sie betreffen die Objektplanungen für die Verkehrsanlagen und sind dabei zu beachten.

zu 5) Die Einhaltung des BImSchG hinsichtlich der Sportanlagen wird im nachfolgenden Baugenehmigungsverfahren geprüft, da eine Anordnung einzelnen Nutzungen auf der Gemeinbedarfsfläche im Zuge der Bauleitplanung nicht vorgenommen wird.